

# ***Geschäftsbericht 2003***



**Zahlen. Fakten. Perspektiven.**

„Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt,  
der andere packt sie kräftig an und handelt.“

**Dante Alighieri**

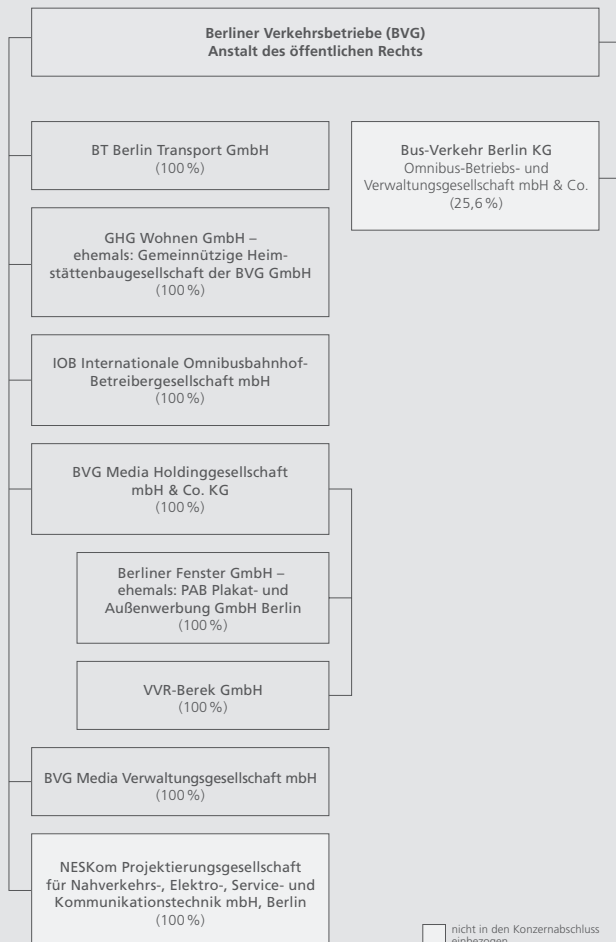
## Der BVG-Konzern in Zahlen

	Geschäftsjahr		
	2003	2002	2001
Umsatzerlöse (in Mio. EUR)	631	593	675
Erträge aus dem Unternehmensvertrag mit dem Land Berlin (in Mio. EUR)	416	418	419
Personalaufwand (in Mio. EUR)	843 <sup>*)</sup>	730	743
Anzahl der Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	14.098	14.498	14.888
Jahresfehlbetrag (in Mio. EUR)	-221 <sup>*)</sup>	-99	-546
Anlagevermögen (in Mio. EUR)	4.533	4.590	4.566
Gesamtinvestitionen (in Mio. EUR)	167	250	236
Abschreibungen (in Mio. EUR)	221	210	208
Bilanzsumme (in Mio. EUR)	4.808	4.813	4.803
Eigenkapital einschl. Sonderposten aus Investitionszuschüssen (in Mio. EUR)	3.177	3.386	3.462
in % der Bilanzsumme	66,1	70,4	72,1
EBITDA BVG AöR (in Mio. EUR)	-155,8	-183,5	-165,6
Leistungen und Fahrzeuge			
Anzahl der Fahrgäste (in Mio.)	890,3 <sup>**)</sup>	799,0	797,9
Personenkilometer (in Tsd.)	3.967.100	3.965.400	3.973.400
Anzahl der U-Bahn-Wagen	1.361	1.391	1.403
Anzahl der Straßenbahn-Wagen	602	599	581
Anzahl der Omnibusse	1.426	1.554	1.388
Nutzwagenkilometer (in Mio.)	254,0	263,7	261,4

<sup>\*)</sup> Mit Rückstellungen von 133 Mio. EUR für Personalmaßnahmen in den kommenden Jahren.

<sup>\*\*) Der deutliche Zuwachs der Unternehmensbeförderungsfälle ist zum größten Teil durch Methodenunterschiede in der Berechnung begründet. Vgl. hierzu Punkt „Verkehrsleistung“ im Lagebericht.</sup>

## Konzernstruktur (Stand: Juni 2004)



---

**Bericht über das Geschäftsjahr**  
**1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2003**

---

**Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)**  
Anstalt des öffentlichen Rechts



## Inhalt

### 04 Vorwort des Vorsitzenden des Vorstands

---

### 07 Organe

#### 07 Aufsichtsrat

#### 08 Vorstand

---

### 09 Bericht des Aufsichtsrats

---

### 12 Lagebericht der BVG und des Konzerns

#### 13 Geschäftsverlauf

#### 20 Vermögenslage der BVG

#### 20 Finanzlage der BVG

#### 22 Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung der BVG

#### 24 Geschäftsverlauf der Tochterunternehmen

#### 28 Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

---

### 31 Jahresabschluss

#### 32 Bilanz der BVG

#### 33 Gewinn- und Verlustrechnung der BVG

#### 34 Konzernbilanz

#### 35 Konzern-Gewinn- und -Verlustrechnung

#### 36 Anhang und Konzernanhang

---

### 55 Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers

## Vorwort des Vorsitzenden des Vorstands

Der Geschäftsbericht 2003 bietet einen guten Anlass, unseren Fortschritt bei der Sanierung der BVG nüchtern zu bewerten und eine vorläufige Bilanz zu ziehen.

Der Reformweg ist komplex und aufwändig, was allerdings in der Natur der Sache liegt: Wir müssen die Quadratur des Kreises von dem Zwang zur Wirtschaftlichkeit, dem Wettbewerb der Ideen und Qualitäten um die Kunden, der stets öffentlich diskutierten gemeinwirtschaftlichen Aufgabe des Mobilitätsgaranten sowie der sozialen Verantwortung des Unternehmens gegenüber den Mitarbeitern und Kunden meistern.

Wenn wir uns an die für das Jahr 2003 gesetzten Handlungsschwerpunkte – stärkere Marktausrichtung und Angebotsoptimierung, Personalumbau und die Umgestaltung von Verwaltungsprozessen – erinnern, so stellen wir fest, dass wir trotz eines politisch und regulatorisch stark geprägten Umfeldes nahezu auf allen Gebieten unserem Ziel näher gekommen sind, wenn auch nicht überall in gewünschtem Tempo. Die Botschaft des Vorstands an die Mitarbeiter und Eigentümer der BVG ist diesbezüglich eindeutig: Danke! Gleichzeitig muss die Veränderungsdynamik trotz Erfolge noch zunehmen. Jedem muss spätestens in 2004 klar geworden sein, dass uns im heutigen rauen Wirtschaftsklima und bei solch einer rasanten Entwicklung des europäischen ÖPNV-Markts nach 2007 keine Schonfrist mehr gegönnt sein wird.

Im Juli 2003 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit seiner viel beachteten Entscheidung zu der Rechtmäßigkeit staatlicher Beihilfen mehr Klarheit für die ÖPNV-Marktteilnehmer geschaffen. Die Richtung „fairer Wettbewerb“ ist und bleibt unbenommen. Allerdings kann der Aufgabenträger bemerkenswerterweise von Ausschreibungen der ÖPNV-Leistungen unter bestimmten Voraussetzungen absehen. Hierfür ist allerdings der Maßstab eines „durchschnittlich gut geführten“ gemeinwirtschaftlichen Unternehmens mit einer transparenten und marktgerechten Kostenstruktur anzulegen. Das heißt, es wird zur „Gerichtsfestigkeit“ von Verträgen mit vom Aufgabenträger betrauten Verkehrsunternehmen keine Zuwendungsprivilegien für das bisherige bzw. kommunale Unternehmen geben dürfen. Unabhängig von der bevorstehenden Konkretisierung des Urteils für das deutsche Recht ist es somit auch für die BVG unabdingbar, in Kosten und Konzepten wettbewerbsfähig zu werden und dadurch selbst die Zukunft der BVG weit über den Horizont des Unternehmenskonzeptes „BSU 2000“ bis über die nächsten 20 Jahre hinaus zu sichern.

Die Notwendigkeit der Ausrichtung an den zukünftigen Wettbewerb ist für uns zum Beispiel auch daran konkret erkennbar, dass ein Großteil der Genehmigungen der Omnibuslinien vom Aufgabenträger (Senatsverwaltung für Verkehr) nur noch bis zum 31.12.2007 verlängert wird und die optionale Ausschreibung von solchen Linienkonzessionen nach dem vorgenannten Termin für ihn ungeachtet der Sanierungsfortschritte und -planung noch immer denkbar ist und von zahlreichen Politikern trotz der gravierenden Folgen für das landeseigene Unternehmen BVG gefordert wird. Unser Unternehmen reiht sich in die Restrukturisierungsdynamik des ÖPNV-Marktes ein. Die Richtung heißt, die BVG zu einer wettbewerbsfähigen Unternehmensgruppe mit der AöR als Kern einschließlich Fahrdienst, Werk-

stätten und Fahrwege weiterzuentwickeln. Die hierfür notwendigen Sanierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen wurden von uns Anfang 2003 unter dem Akronym L.E.N.K.R.A.D.<sup>1)</sup> zusammengefasst und zeigen erste Erfolge. Das operative Ergebnis ist in 2003 mit einem Verlust von 87 Mio. EUR um rund 20% besser ausgefallen als noch am Jahresanfang erwartet (–107 Mio. EUR). Dies konnte vor allem durch höhere Erträge aufgrund durchgeführter Tarifmaßnahmen sowie gestiegener Ansprüche aus subventionierten Schülerverkehren (§ 45a PBefG) und der Einnahmenaufteilung mit der S-Bahn Berlin GmbH erreicht werden. Zusätzlich beginnen die Sanierungsmaßnahmen, Wirkung zu zeigen. Das Betriebsergebnis vor Abschreibung, Zinsen und Steuern (EBITDA) hat sich von 2002 gegenüber 2003 um rund 28 Mio. EUR verbessert.

Das Defizit im Wirtschaftsplan 2003 der BVG wurde (ohne Berücksichtigung der Rückstellungsbildung für zukunftsichernde personalpolitische Maßnahmen) unterschritten. Der anspruchsvollere Wirtschaftsplan 2004 wurde unter den Prämissen einer noch weiter gehenden Reduktion von Sachkosten sowie einer restriktiven Einstellungspolitik aufgestellt und vom Aufsichtsrat unter Auflagen genehmigt. Im Frühjahr 2004 haben die jeweiligen Aufsichtsgremien der im Dezember 2003 paraphierten Einnahmenaufteilungsregelung zwischen BVG, DB Regio AG und S-Bahn Berlin GmbH zugestimmt. Die Bedeutung dieser Regelung für die Planbarkeit der Umsatzerlöse und die Erschließung von Einsparpotenzialen in den folgenden Jahren durch den Wegfall des Verdrängungswettbewerbs auf der Vertriebsseite der vertragsschließenden Parteien kann nicht genug hervorgehoben werden. Die Einnahmenaufteilungsregelung wird rückwirkend zum 1. Januar 2003 umgesetzt.

In 2003 haben wir erneut unser Verkehrsangebot verbessert. So wurden die Taktfrequenzen und die Linienführung stärker an die Präferenzen der Fahrgäste angepasst. Seit Sommer 2003 fährt z. B. die U-Bahn an Wochenenden auch in der Nacht. Weiterhin wurde in 2003 die Weichenstellung für eine umfangreiche Umgestaltung des BVG-Verkehrsnetzes unter dem Namen Verkehrskonzept „BVG 2005 plus“ vorbereitet, welches Ende 2004 umgesetzt werden soll. Damit richtet die BVG erstmals seit der Wiedervereinigung ihr Verkehrsangebot systematisch und in großem Maßstab an den veränderten Verkehrsbedürfnissen neu aus – unter direkter Beteiligung der Berliner Bürger, der anderen Verkehrsunternehmen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) und der Senatsverwaltung für Verkehr. Bis zu 20 Mio. zusätzliche Fahrgastfahrten p. a. sollen gewonnen werden. Die durch effizienteren Fahrzeug- und Personaleinsatz entstehende Kostensenkung ist ein gewollter Nebeneffekt bei der Erstellung des Verkehrskonzeptes. Es ist erklärte Absicht des Vorstandes, die Maßnahmen zur Personalkostensenkung einvernehmlich mit den Vertretern der Arbeitnehmer zu gestalten. Es ist nötig und dank detaillierter Planung möglich, bis 2006 die Anzahl der Stellen in der BVG AöR und der Fahrdiensttochter BT GmbH auf rund 10.000 zu reduzieren. Zur Umsetzung personalpolitischer Maßnahmen im Jahre 2004 werden großzügige Abfindungs- und Teilzeitmodelle<sup>2)</sup> angeboten. Darüber hinaus haben zum Jahresende 2003 bereits rd. 1.700 Mitarbeiter verbindlich ihr freiwilliges Ausscheiden im Rahmen von Vorruhestandsregelungen für die Jahre 2004 bis 2009 erklärt.

<sup>1)</sup> L: Leitung durch Vorbildfakten/Information, E: EU-Regeln ins Visier nehmen, N: Nutzerorientierung/Erlösfokus, K: Kostenführerschaft in allen Dimensionen, R: Region Berlin-Brandenburg als Heimat, A: Arbeitnehmerrechte/Strukturanpassung, D: Drittmärkte, die zu beobachten und in zweiter Priorität bei entsprechender Opportunität auch zu erschließen sind.

<sup>2)</sup> Diese entsprechen dem Rahmen der Regelungen für Berliner Landesbedienstete und spiegeln das Lebens- und (ein meist langes) Dienstalter sowie die Bedingungen des Berliner Arbeitsmarktes wider.

Neben der sozialverträglichen und freiwilligen Personalreduktion ist ebenfalls ein Beitrag aller Arbeitnehmer zur Verminderung der Personalkosten bei Maximierung der Anzahl verbleibender Stellen unabdingbar, denn noch immer hat die BVG im Branchenvergleich die höchsten Personalkosten. Der notwendige und ursprünglich bis Mai 2004 geplante Abschluss des Spartentarifvertrages, der eine schrittweise Absenkung der Bezüge und gleichzeitig flexiblere Arbeitszeitmodelle vorsieht, ist durch mehrere Unterbrechungen ins Stocken geraten. Aber die Verhandlungen zwischen dem kommunalen Arbeitgeberverband und der Tarifkommission von ver.di werden fortgesetzt.

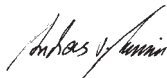
Folgende Schwerpunkte stehen im laufenden Jahr 2004 im Fokus unserer Aufmerksamkeit:

- zügiger Abschluss des Spartentarifvertrages zur Unterstützung der Sanierungsziele,
- die Weiterführung des Personalumbaus für das zum Jahr 2006 angestrebte Ziel von rund 10.000 Mitarbeitern, wobei neben der notwendigen Straffung der Betriebs- und Verwaltungsabläufe Abfindungsmodelle, Überführung der Fremdleistungen in Eigenleistungen, Qualifizierungen und Teilzeit-Initiativen weitere Instrumente zur Reduktion der Personalkosten sind,
- der im Sommer 2004 beginnende Bau der U-Bahn-Linie U55 vom Lehrter Bahnhof bis zum Pariser Platz,
- die Umsetzung des im März 2004 beschlossenen neuen Verkehrskonzeptes „BVG 2005 plus“, die im Dezember 2004 nach dem Genehmigungsverfahren der Senatsverwaltung erfolgen soll; das angepasste Verkehrsangebot wird uns erlauben, sowohl die Kundenzahl zu steigern als auch Kosten zu senken,
- die Weiterführung des L.E.N.K.R.A.D.-Reformprogramms.

Wenn wir jetzt vorankommen und die Beiträge zur Zukunftssicherung festlegen, haben wir gute Chancen, auch im nächsten Jahrzehnt als BVG-Gruppe mit der AöR als Kern in der deutschen Hauptstadt mit unseren Großen Gelben, der U-Bahn, der Straßenbahn und den Fähren das Bild zu bestimmen.

Unsere Kunden, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sozialpartner, die Mitglieder im Aufsichtsrat und seinen Ausschüssen, die Gesprächspartner in der Politik und Verwaltung, aber auch die Partner und Lieferanten der BVG unterstützen – jeder auf seinem Gebiet – die Reformanstrengungen: Dafür gilt ihnen der aufrichtige Dank im Namen des gesamten Vorstands.

Berlin, im Juni 2004



Andreas von Arnim  
Vorsitzender des Vorstands

## Aufsichtsrat (Stand: Mai 2004)

### Senator Dr. Thilo Sarrazin

Berlin  
Vorsitzender des Aufsichtsrats  
und des Personalausschusses  
Senator für Finanzen

### Raimund Hosch

Berlin  
Vorsitzender der Geschäftsführung  
der Messe Berlin GmbH

### Joachim Hunold

Berlin  
Geschäftsführer der Air Berlin GmbH &  
Co. Luftverkehrs KG

### Eike Lindemann<sup>\*)</sup>

Berlin  
Hauptsachbearbeiterin  
(seit 1. Januar 2004)

### Dr. jur. Hartmann Kleiner

Berlin  
Hauptgeschäftsführer der Vereinigung  
der Unternehmensverbände in Berlin  
und Brandenburg e. V.  
Rechtsanwalt

### Frank Bäsler<sup>\*)</sup>

Berlin  
Mitglied im Wirtschaftsausschuss  
Landesfachbereichsleiter ver.di  
Landesbezirksfachbereich  
Berlin-Brandenburg

### Thomas Elstermann<sup>\*)</sup>

Berlin  
Rangierer

### Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Günter Girnau

Mitglied im Wirtschaftsausschuss  
Meerbusch  
Hochschulprofessor

### Dr.-Ing. Dieter Glück

Bonn  
Referatsleiter Bundesministerium  
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

### Hans-Joachim Hasenbank<sup>\*)</sup>

Berlin  
Straßenbahnfahrer

### Rainer Nehring<sup>\*)</sup>

Berlin  
Gewerkschaftssekretär ver.di  
(bis 31. Dezember 2003)

### Dr.-Ing. E. h. Wilhelm Pällmann

Frankfurt am Main  
Rechtsanwalt

### Georg Schimmele<sup>\*)</sup>

Berlin  
Stellvertretender Vorsitzender  
des Wirtschaftsausschusses  
Abteilungsleiter



**Dr. Maike Schlegel**  
Düsseldorf  
Leiterin Business Development  
Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH

**Andreas Scholz-Fleischmann**<sup>\*)</sup>  
Berlin  
Organisationsberater

**Lothar Stephan**<sup>\*)</sup>  
Berlin  
Mitglied im Personalausschuss  
Energieanlagenelektroniker

**Thomas Tschetsche**<sup>\*)</sup>  
Berlin  
Zugfahrer

**Sybill Uken**  
Berlin  
Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses  
Rechtsanwältin

<sup>\*)</sup> Arbeitnehmervertreter

## Vorstand



**Andreas Graf von Arnim**  
Vorsitzender des Vorstands



**Dr. Hans-Heino Dubenkropp**  
Vorstand Betrieb (bis 31. März 2004)



**Thomas Necker**  
Vorstandsmitglied (seit 1. Februar 2004)  
Vorstand Betrieb (seit 1. April 2004)



**Hilmar Schmidt-Kohlhas**  
Vorstand Personal/Soziales

## Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands der Anstalt überwacht. Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben in 16 Sitzungen, davon drei außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen und einer außerordentlichen Wirtschaftsausschusssitzung, ihre Beratungs- und Kontrollfunktionen wahrgenommen. Dabei entfielen auf den Aufsichtsrat insgesamt acht Sitzungen, den Wirtschaftsausschuss fünf Sitzungen und den Personalausschuss drei Sitzungen.

Der Aufsichtsrat unterrichtete sich in seinen Sitzungen durch schriftliche Berichte und Entscheidungsvorlagen des Vorstands ständig und umfassend über den Gang der Geschäfte sowie über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung des Unternehmens, über die Unternehmensplanung, einschließlich der Finanz-, Investitions- und Personalplanung, sowie über Beteiligungsengagements und andere bedeutsame einzelne Geschäfte und Maßnahmen; er hat diese Berichte und Vorlagen mit dem Vorstand beraten und die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Entscheidungen getroffen.

Im Einzelnen wurden unter anderem folgende wesentliche Beschlüsse getroffen:

- Feststellung des Jahresabschlusses 2002 der BVG AöR, des Konzernabschlusses 2002 sowie Entlastung des Vorstands  
– AR-Sitzung 02/2003, Beschluss AR-02/2003 zur Vorlage 07-AR/2003 TOP 3
- Feststellung des Wirtschaftsplans 2003  
– AR-Sitzung 01/2003, Beschluss AR-01/2003 zur Vorlage 02-AR/2003 TOP 4
- Vorläufige Feststellung des Wirtschaftsplans 2004 (mit Auflagen)  
– AR-Sitzung 05/2003, Beschluss AR-16/2003 zur Vorlage 49-AR/2003 TOP 2
- Beschlussfassung zur Änderung der Satzung der BVG dahingehend, dass ein Engagement der BVG-Unternehmensgruppe auf dem Gebiet des SPNV zulässig wird  
– AR-Sitzung 03/2003, Beschluss AR-08/2003 zur Vorlage 25-AR/2003 TOP 7
- Genehmigung zur Gründung einer Bietergemeinschaft im SPNV  
– 2. a.o. AR-Sitzung am 01.10.03, Beschluss AR-15/2003 zur Vorlage 45-AR/2003 TOP 2
- Beschlussfassung zur Neustrukturierung der Außenwerbbeaktivitäten der BVG, Gründung der BVG Media Holding GmbH & Co. KG als Tochtergesellschaft der BVG und der VVR-Berek GmbH als Tochtergesellschaft der Holding  
– AR-Sitzung 05/2003, Beschluss AR-17/2003 zur Vorlage 50-AR/2003 TOP 3

- Beschlussfassung zur Entwicklung eines neuen Tarifsystems und zu den Tarifanpassungsmaßnahmen in 2004  
– AR-Sitzung 05/2003, Beschluss AR-19/2003 zur Vorlage 52-AR/2003 TOP 5
- Bestellung des neuen Vorstandes Betrieb zum 1. Februar 2004  
– 1. a.o. AR-Sitzung am 01.10.03, Beschluss AR-14/2003 zur Vorlage 44-AR/2003 TOP 2
- Genehmigung zum Abschluss von US-Lease-Transaktionen für Qualified-Technical-Equipment (QTE)-Anlagen  
– AR-Sitzung 03/2003, Beschluss AR-05/2003 zur Vorlage 23-AR/2003 TOP 4
- Genehmigung zur Beschaffung von U-Bahn-Zügen der Serie HK Kleinprofil  
– AR-Sitzung 04/2003, Beschluss AR-12/2003 zur Vorlage 35-AR/2003 TOP 5

Auch im Berichtsjahr war ein besonderer Schwerpunkt der Aufsichtsratsarbeit die Begleitung der erforderlichen Umsetzungsschritte zur Erreichung der Ziele des BSU 2000. Dabei stand nach wie vor die Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit als zentrales Ziel im Vordergrund. Dieses Ziel ist für die BVG vor dem Hintergrund der bevorstehenden Liberalisierung des Nahverkehrsmarktes vorrangig zu verfolgen.

Der Aufsichtsrat hat als Schwerpunktthema im abgelaufenen Geschäftsjahr sich mit den strategischen Risiken, die sich aus dem unverändert zu hohen Personal- und Sachaufwand ergeben, befasst und Ziele in Bezug auf die Höhe der zu erzielenden Fahrgelderträge formuliert. Der Aufsichtsrat weist darauf hin, dass sich aus dem stetig steigenden Verzehr des Eigenkapitals wachsende Unternehmensrisiken ergeben.

Die Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss sowie den zusammengefassten Lagebericht der BVG AöR und des Konzerns geprüft und mit einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen mit der Begründung, dass der Jahresabschluss Forderungen an den Gewährträger in Höhe von 7,0 Mio. EUR, sonstige Vermögensgegenstände von 8,1 Mio. EUR und korrespondierende Umsatzerlöse von 15,1 Mio. EUR enthält, deren Bilanzierung wegen der fehlenden Wirkbarkeit des zugrunde liegenden Einnahmenaufteilungsvertrages mit der S-Bahn Berlin GmbH und der DB Regio AG noch nicht möglich ist. Der Abschlussprüfer hat an der Aufsichtsratsitzung, in der über die Feststellung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2003 zu beschließen war, sowie der vorangegangenen Sitzung des Wirtschaftsausschusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses durch den Abschlussprüfer zugestimmt.

Dies hat er auch in Kenntnis einer sich nach dem Aufstellungszeitpunkt des Jahresabschlusses 2003 ergebenden Veränderung der Ratifizierungssituation zum beabsichtigten Einnahmenaufteilungsvertrag mit der S-Bahn Berlin GmbH und der DB Regio AG gemacht, da die notwendige Zustimmung zum bereits paraphierten Vertrag durch den Aufsichtsrat der BVG unmittelbar zuvor erteilt wurde.

Gemäß der Ausführungen der Wirtschaftsprüfer an die Mitglieder des Aufsichtsrats würde bei einem Prüfungsabschluss zum Zeitpunkt der Aufsichtsratsitzung am 19.04.2004 bzw. im Zuge einer Nachprüfung ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt werden, wenn die sachlichen Gründe für die Testateinschränkung nicht mehr gegeben sind.

Der Aufsichtsrat hat unter Mitwirkung seiner Ausschüsse den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht der BVG AöR und des Konzerns zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss der BVG AöR zum 31. Dezember 2003 festgestellt.

Der Aufsichtsrat folgt dem Vorschlag des Vorstands, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 219.007.112,63 EUR auf das neue Geschäftsjahr vorzutragen.

Der Aufsichtsrat erteilt dem Vorstand die Entlastung für das Geschäftsjahr 2003.

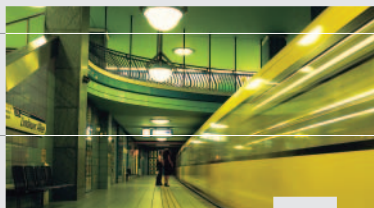
Für die im Geschäftsjahr 2003 erfolgreich geleistete Arbeit spricht der Aufsichtsrat allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Vorstand sowie den Personalvertretungen seinen Dank aus.

Berlin, im Juni 2004



Dr. Thilo Sarrazin  
Vorsitzender des Aufsichtsrats

## Lagebericht der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Anstalt des öffentlichen Rechts, und des Konzerns



### 13 Geschäftsverlauf

- 13 Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft
- 14 Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres
- 16 Umsatzentwicklung
- 16 Verkehrsleistung
- 17 Investitionen
- 18 Personal- und Sozialbereich

### 20 Vermögenslage der BVG

### 20 Finanzlage der BVG

### 22 Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung der BVG

- 22 Risikomanagement
- 22 Marktrisiken
- 23 Finanzwirtschaftliche Risiken

### 24 Geschäftsverlauf der Tochterunternehmen

- 24 BT Berlin Transport GmbH (BT)
- 25 Gemeinnützige Heimstättenbaugesellschaft der BVG GmbH (GHG)
- 25 PAB Plakat- und Außenwerbung GmbH Berlin (PAB)
- 27 IOB Internationale Omnibusbahnhof-Betreibergesellschaft mbH (IOB)
- 27 BVG Media Holdinggesellschaft mbH & Co. KG und BVG Media Verwaltungsgesellschaft mbH

### 28 Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

- 28 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres (Nr. 1)
- 28 Voraussichtliche Entwicklung (Nr. 2)

## Geschäftsverlauf

### Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das in der Nahverkehrsbranche mit viel Spannung erwartete Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Frage der Rechtmäßigkeit der ÖPNV-Finanzierung durch staatliche Zuschüsse wurde am 24. Juli 2003 gefällt. Danach sind Ausgleichszahlungen an Unternehmen, die gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen erfüllen, wie sie in Deutschland z. B. im Personenbeförderungsgesetz (PBefG) vorgeschrieben sind, keine Beihilfe, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Betrauung des Unternehmens mit klar definierten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen,
- Aufstellung von transparenten und objektiven Berechnungsmaßstäben zur Ermittlung der Ausgleichshöhe,
- die Ausgleichszahlungen dürfen nicht über die reine Kostendeckung hinausgehen,
- bei direkter Vergabe der Leistungen (anstelle einer Ausschreibung) Ermittlung der Höhe des Ausgleichs auf der Grundlage einer Analyse der Kosten, die ein durchschnittliches, gut geführtes Unternehmen hätte, nachdem die Erträge abgezogen wurden.

Noch nicht absehbar ist, wann ein neuer europäischer Rechtsrahmen als Nachfolgeregelung zur geltenden EU-Verordnung 1191/69 in Kraft treten wird, nach der bezuschusster ÖPNV als nicht eigenwirtschaftlich gilt und die die Beseitigung wettbewerbsverzerrender Bedingungen fordert.

Unabhängig von der bevorstehenden Konkretisierung des EuGH-Urteils für das deutsche Recht sind die ÖPNV-Unternehmen in Deutschland aufgrund der im EuGH-Urteil vorgegebenen Benchmarkorientierung gezwungen, die Kosten für ihre Leistungen weiter zu reduzieren, um im Einklang mit dem Europäischen Beihilferecht zu bleiben.

Die kommunalen Verkehrsunternehmen bereiten sich seit längerer Zeit auf den Wettbewerb vor. Umfassende Restrukturierungen, Eingehen von Kooperationen und Zusammenschlüssen zur Stärkung der Marktposition stehen als Strategien im Vordergrund.

Im Jahr 2003 konnte im ÖPNV bundesweit eine positive Nachfragetendenz beobachtet werden. Laut vorläufigen Schätzungen des VDV betrug der Fahrgastzuwachs bei den ÖPNV-Mitgliederunternehmen im Straßenverkehr gegenüber 2002 1,6% bei einem Einnahmenanstieg von durchschnittlich 2,4%. Entgegen dem Bundestrend blieben in einem weiterhin stagnierenden Berliner Wirtschaftsumfeld die Fahrgastzahlen der BVG bei gestiegenen Umsatzerlösen (+6,4%) gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (vorläufige Schätzung +0,1%). Die Umsatzentwicklung ist im Anhang ausführlich dargestellt.

Das neueste EuGH-Urteil: Vergabe von Verkehrsleistungen setzt das Kosten-niveau eines durchschnittlich gut geführten Unternehmens voraus.



## Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die BVG hat sich im Unternehmensvertrag mit dem Land Berlin und dem damit in Zusammenhang stehenden Sanierungs- und Umsetzungskonzept (BSU 2000) der Zielsetzung verpflichtet, bis zum Jahre 2008 wettbewerbsfähig zu werden. Das vom Vorstand der BVG im Februar 2003 vorgelegte Programm L.E.N.K.R.A.D., in dem das seit 2001 laufende Projekt „Schulterschluss“ integriert worden ist, beinhaltet die notwendigen Steuerungsmaßnahmen zur Erreichung des Sanierungsziels.

Nach einer Vorlaufphase seit Mitte 2001 begann im April 2003 die Umsetzungsphase des Projektes „Verwaltung 500“, welches im Verlauf des Jahres als Teil des Programms L.E.N.K.R.A.D. aufgenommen wurde. Das Ziel ist die deutliche Reduzierung der Zahl der Verwaltungsangestellten auf Basis der im Juni 2001 erfassten Verwaltungstätigkeiten. Das Teilziel des Jahres 2003 wurde erreicht und stellt damit eine gute Ausgangslage für die in 2004 zu erbringenden weiteren Reduzierungspotenziale dar.

Das im Oktober 2002 vom Vorstand initiierte Projekt „Mag.net“ wurde in 2003 in vollem Umfang als BVG-interne Personalvermittlungsagentur installiert und übernimmt als Beschäftigungsplattform die interne und externe Vermittlung, Qualifizierung und Betreuung von Mitarbeitern, die ihren Stammarbeitsplatz freiwillig oder aufgrund von L.E.N.K.R.A.D.-Programmen verloren bzw. aufgegeben haben.

Sämtliche an „Mag.net“ überstellten Beschäftigten wurden in andere Tätigkeiten vermittelt. Es wurden zahlreiche Kooperationsvereinbarungen mit externen Partnern geschlossen und Schulungsmaßnahmen für neue Funktionsgruppen (z. B. Vertriebsassistenten) durchgeführt. Einige der bisher von Drittunternehmen erbrachten Dienstleistungen werden bereits wieder von den BVG-Mitarbeitern durchgeführt. Für 2004 ist die weitere Intensivierung der Vermittlungs- und Kooperationsgeschäfte zur Reduzierung von Fremdleistungen und zur Erzielung externer Erlöse geplant.

Zur Unterstützung der angestrebten Personalreduzierung durch Vorruhestands- und Abfindungsregelungen bei der BVG wurden für deren Umsetzung im Berichtsjahr entsprechende Rückstellungen gebildet.

Als Ergebnis intensiver Verhandlungen konnte ein Kompromiss zur langfristigen Regelung der Einnahmenaufteilung zwischen der BVG, der S-Bahn Berlin GmbH und der DB Regio AG erzielt werden. Der entsprechende Vertrag wurde Ende 2003 paraphiert. Die rechtsverbindliche Gültigkeit steht noch unter dem Vorbehalt der jeweiligen Gremienzustimmung, wobei die beteiligten Unternehmen von einer Realisierung ausgehen.

Durch die erfolgte Regelung der Einnahmenaufteilung sind die bisher im Vertriebswettbewerb stehenden Verkehrsunternehmen in der Lage, ihre Vertriebskosten nachhaltig erheblich zu senken. Dabei wird auch die Möglichkeit zum Aufbau einer gemeinsamen Organisation im Vertrieb und bei der Marktkommunikation geprüft.

Für das Jahr 2003 resultiert aus der Umsetzung der Einnahmenaufteilung eine Steigerung der Fahrgelderträge um voraussichtlich 8,1 Mio. EUR (netto). Darüber hinaus ergibt sich aus der Einnahmenaufteilung ein erhöhter Erstattungsanspruch der BVG nach § 45a PBefG sowie nach SGB IX für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter. Derzeit bestehen bezüglich des im Geschäftsjahr 2003 paraphierten Einnahmenaufteilungsvertrages noch Gremienvorbehalte, wobei die BVG davon ausgeht, dass der Vertrag im Geschäftsjahr 2004 rechtlich und rückwirkend für 2003 wirksam wird.

Zum 1. August 2003 sind die Verkehrstarife im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB GmbH) um durchschnittlich ca. 3 % angehoben worden. Dies hat für die BVG zu einer Steigerung der Fahrgelderträge im Jahr 2003 um rd. 4,7 Mio. EUR geführt.

In Zusammenarbeit mit S-Bahn Berlin GmbH und VBB GmbH wurde ein Tarifkonzept erstellt, das eine Vision für die Tarifgestaltung ab 2006 sowie erste Schritte zu deren Umsetzung beschreibt. Das Tarifkonzept wurde der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung termingerecht zum 30. Juni 2003 vorgelegt. Es sieht die Einführung eines leicht nachvollziehbaren und durchgängig leistungsorientierten Tarifs ab 2006 vor.

Auch im Jahre 2003 wurde das Oberflächenverkehrsnetz aufgrund von geänderten Verkehrsströmen und unter der Erfordernis einer Erhöhung der Wirtschaftlichkeit in einigen lokalen Bereichen Berlins überarbeitet. Dabei standen die Schaffung neuer Verbindungen zwischen den fusionierten Bezirken und der Abbau von Parallelverkehren im Vordergrund.

Seit September 2003 ist ein BVG-Team mit einer umfassenden Beratung der TRAM S.A., Athen, zur Inbetriebnahme der Athener Straßenbahn im Vorfeld der Olympischen Spiele 2004 betraut. Zusätzlich bestehen vertragliche Vereinbarungen über die Ausbildung von Straßenbahnfahrern. Im Jahr 2003 konnte die BVG aus dem Athener Projekt Umsatzerlöse von ca. 900 Tsd. EUR realisieren. Das Projekt soll im September 2005 abgeschlossen werden. Für die BVG ist das Athen-Engagement von großer Bedeutung – Beratungsleistungen auf unterschiedlichen Wissensgebieten stellen für die BVG eine weitere Möglichkeit für weitere Qualifizierung und Ertragssteigerung dar.

Im Dezember 2003 hat der Aufsichtsrat der Gründung der BVG Media Holding GmbH & Co. KG als Tochtergesellschaft der BVG und der VVR-Berek GmbH als Tochtergesellschaft der Holding zugestimmt. Auf die VVR-Berek GmbH gehen die Geschäfte der Außenwerbung und der Verkaufseinrichtungen der BVG über. Die PAB GmbH wurde zum 11. Februar 2004 in Berliner Fenster GmbH, die ebenfalls als Tochtergesellschaft der BVG Media Holding GmbH & Co. KG agieren soll, umbenannt. Mit dieser Umstrukturierung wird eine stärkere Konzentration der genannten Unternehmen auf das jeweilige Kerngeschäft der Einzelgesellschaften und damit eine erhöhte Effizienz und Flexibilität des Außenwerbungsgeschäftes der BVG erreicht.

Gemeinsames Tarifkonzept der BVG, des VBB und der S-Bahn bringt ab 2006 mehr Transparenz und Leistungsorientierung.

Erstmals hat die BVG eine EU-weite Ausschreibung gewonnen und berät die Athener Straßenbahn.

Die Reduktion der Anzahl von Verwaltungsangestellten verläuft planmäßig.

Der sozialverträgliche Personalumbau wurde durch Anbieten alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten, Abfindungs- und Vorruhestandsregelungen fortgesetzt.

Die Aufteilung der Einnahmen zwischen der BVG, der S-Bahn und der DB Regio wurde beschlossen.

## Umsatzentwicklung

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse der BVG sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 6,4 % gestiegen. Dies begründet sich im Wesentlichen auf einer Erhöhung der Verkehrserträge. Das vergangene Geschäftsjahr brachte diesbezüglich eine Wende mit sich: Während die Erträge in 2002 gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen waren, ist die Entwicklung in 2003 durch eine Steigerung um 28,7 Mio. EUR gekennzeichnet. Dies ist umso erfreulicher, als sich die wirtschaftliche Situation des Landes Berlin im Berichtsjahr abermals verschlechtert hat. Das Bruttoinlandsprodukt Berlins verringerte sich 2003 gegenüber dem Vorjahr um 0,6 %.

Die Ursachen für die Steigerung der Verkehrserträge lagen hauptsächlich in der zum 1. August 2003 durchgeführten Tarifierhöhung und der im Dezember 2003 vereinbarten Einnahmenaufteilung mit der S-Bahn Berlin GmbH und der DB Regio AG. Ebenfalls sind die Einnahmen aus dem erhöhten Beförderungsentgelt aufgrund verstärkter Kontrollmaßnahmen in 2003 deutlich gestiegen.

Die Verkehrserträge des Berichtsjahres beinhalten insgesamt 1,6 Mio. EUR Erträge, die Vorjahre betreffen, so dass die Erträge für 2003 ohne Berücksichtigung dieser Summe 554,9 Mio. EUR betragen.

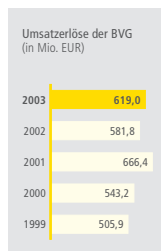
Die übrigen Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 8,5 Mio. EUR auf 62,4 Mio. EUR. Der negativen Entwicklung im Bereich der Werbung stand insbesondere die Zunahme der Umsätze durch erhöhtes Beförderungsentgelt und durch Zusatzleistungen für die S-Bahn Berlin GmbH aufgrund eines umfangreichen Schienenersatzverkehrs gegenüber.

## Verkehrsleistung

Im Berichtszeitraum fand eine punktuelle Anpassung des Angebots an die Nachfrage mit der Zielsetzung statt, die Betriebsleistung (Nutzwagen- bzw. Nuttzugkilometer) an der unteren Grenze der im Unternehmensvertrag fixierten Betriebsleistung zu orientieren.

Die im Jahr 2001 erstmals unter den Bedingungen der VBB GmbH durchgeführte Verkehrserhebung ergab für die BVG im Vergleich zur Verkehrserhebung 1998 der Verbund-Vorbereitungsgesellschaft ein Plus von rund 90 Mio. Unternehmensbeförderungsfällen (UBF). Dieser deutliche Zuwachs ist zum größten Teil durch Methodenunterschiede in der Berechnung begründet. Wegen des methodisch bedingten Zuwachses wurde bei der BVG die Zeitreihe der UBF sowohl in der Historie als auch für die Prognose neu festgelegt. Der Zuwachsanteil der UBF aus verstärkter Verkehrsnachfrage ist hierbei aufgrund einer Prognose aus dem Jahr 2000 nur mit ca. 0,1 % angesetzt:

Die Tarifierhöhung und die Einnahmenaufteilung mit der S-Bahn und der DB Regio führten maßgeblich zu Umsatzsteigerungen.



Vgl. zur Aufgliederung der Umsatzerlöse die Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung im Anhang.

in Mio. Fahrgästen					
	2003	2002	2001	2000	1999
Unternehmensbeförderungsfälle auf Basis der VBB-Verkehrserhebung 2001	890,3	889,2	888,0	885,8	875,8

Zum Vergleich:

in Mio. Fahrgästen					
	2003	2002	2001	2000	1999
Unternehmensbeförderungsfälle auf Basis der Verkehrserhebung der Verbund-Vorbereitungsgesellschaft 1998	800,0	799,0	797,9	796,0	787,1

Bezogen auf die einzelnen Unternehmensbereiche ist folgende Leistungserbringung für den Linienverkehr zu verzeichnen:

Nutzwagenkilometer (in Mio.)					
	2003	2002	2001	2000	1999
U-Bahn	129,8	136,0	133,9	133,3	132,2
Straßenbahn	30,9	30,4	31,0	31,4	31,2
Omnibus	93,3	95,6	95,8	94,9	94,8
Gesamt	254,0	262,0	260,7	259,6	258,2

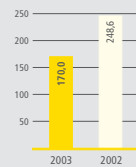
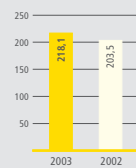
Der Unternehmensbereich Omnibus ist zusätzlich zu der Linienleistung im Jahr 2003 insgesamt 2,1 Mio. Nutzwagenkilometer gefahren (Vorjahr: 1,7 Mio. Nutzwagenkilometer). Diese entfielen auf den Schienenersatzverkehr und auf Sonderverkehre wie Charter&Touristik sowie Vermietung.

Auf der Basis der Rahmenvereinbarung zwischen der BVG und dem Land Berlin wurden im Jahre 2003 die Beschleunigungsmaßnahmen für die Straßenbahn zu 88 % abgeschlossen. Es wurden seit Beginn der Beschleunigung insgesamt 15 Züge eingespart. Im Bereich Omnibus wurde in der Fortführung des Beschleunigungsprojektes in 2003 eine Kostenreduzierung im Gegenwert von elf Fahrzeugen erreicht. Durch die Inbetriebnahme von 202 Lichtsignalanlagen mit Vorrangschaltung für Busse sowie Umsetzung von straßenbehördlichen Maßnahmen (Änderungen von Beschilderungen und Markierungen), Verlegung einiger Haltestellen bzw. Errichtung von Buskaps wurde diese Einsparung erzielt. Während es bei der Straßenbahn vorgesehen ist, die Beschleunigungsmaßnahmen im Wesentlichen im 1. Halbjahr 2004 abzuschließen, hängt die Einhaltung des Zeitplans beim Omnibus wesentlich von der Mitwirkung der zuständigen Senatsverwaltung sowie der betreffenden Stadtbezirke ab.

Das Beschleunigungsprogramm der BVG spart Fahrzeit und Betriebskosten.

## Investitionen

Der Umfang der Bruttoinvestitionen zu Anschaffungswerten einschließlich der Zuschreibungen bei der BVG belief sich im Berichtsjahr auf 170,0 Mio. EUR. Gegenüber dem Vorjahr (248,6 Mio. EUR) ergibt sich eine Verminderung von 31,6 %, die vor allem darin begründet

Investitionen  
gesamtAbschreibungen  
gesamt

ist, dass im Geschäftsjahr 2002 im erheblichen Umfang Omnibusse sowie Straßenbahn- und U-Bahn-Wagen beschafft wurden.

	Investitionen		Abschreibungen	
Bruttoinvestitionen und Abschreibungen nach Bereichen (in Mio. EUR)	2003	2002	2003	2002
U-Bahn	96,5	88,3	87,3	86,8
Straßenbahn	37,3	56,0	71,8	61,9
Omnibus	15,8	72,2	28,0	26,6
Infrastruktur	4,3	8,3	13,3	13,9
Sonstige	12,1	23,8	15,7	14,3
<b>Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>166,0</b>	<b>248,6</b>	<b>216,1</b>	<b>203,5</b>
Finanzanlagen	4,0	0,0	2,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>170,0</b>	<b>248,6</b>	<b>218,1</b>	<b>203,5</b>
davon sonderfinanziert	82,9	93,6	74,2	69,4

Bei der BVG wurden im Geschäftsjahr 2003 folgende wesentliche Investitionen getätigt:

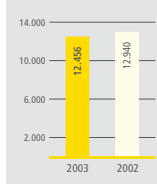
	in Mio. EUR
Erneuerung von Gleisanlagen und Weichen der U-Bahn und Straßenbahn	37,6
Beschaffung und Ertüchtigung von Omnibussen	10,6
Grundinstandsetzung und behindertengerechter Ausbau diverser Bahnhöfe	9,9
Tunnelsanierung auf den U-Bahn-Linien U8, U2 und U5	9,6
Tunnelsanierung bis Lehrter Stadtbahnhof, U-Bahn-Linie U5	7,8
Ertüchtigung von U-Bahn-Wagen	7,0
Beschleunigungsmaßnahmen beim Omnibus und bei der Straßenbahn durch Lichtsignalbeeinflussungsanlagen	5,2

Die Investitionen der Tochterunternehmen im Konzern betrugen im Geschäftsjahr 2003 1,4 Mio. EUR und betrafen im Wesentlichen die Beschaffung von Werbeträgern sowie den Ausbau von Verkaufseinrichtungen der PAB Plakat- und Außenwerbung GmbH Berlin.

#### Personal- und Sozialbereich

Bei der BVG waren zum 31. Dezember 2003 insgesamt 12.878 Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 13.409). Davon waren 422 Auszubildende (Vorjahr: 469). Der Altersdurchschnitt betrug zum 31. Dezember 2003 rd. 44 Jahre.

Mitarbeiter BVG (ohne Auszubildende)			
	2003	2002	Veränderung
Fahrer	4.577	4.884	-307
Arbeiter ohne Fahrer	4.657	4.806	-149
Arbeiter gesamt	9.234	9.690	-456
Angestellte gesamt	3.222	3.250	-28
davon Angestellte Verwaltung	1.203	1.667	-464
<b>Mitarbeiter gesamt</b>	<b>12.456</b>	<b>12.940</b>	<b>-484</b>

Mitarbeiter BVG  
gesamt

Der sozialverträglich durchgeführte Personalabbau der Vorjahre wurde im Berichtsjahr weiter fortgesetzt. Aufgrund der Zahlung von Abfindungen, Vorruhestandsregelungen, der Regelung zur Altersteilzeit und sonstigen Abgängen haben 681 Mitarbeiter das Unternehmen verlassen. Diesen Abgängen stehen 197 Zugänge gegenüber, so dass die Mitarbeiterzahl insgesamt um 484 reduziert wurde. Die Mehrheit der Zugänge entfällt auf die Übernahme von ehemaligen Auszubildenden.

Parallel zum Abbau der Mitarbeiter im Fahrerbereich der BVG erfolgten Einstellungen bei der BT Berlin Transport GmbH. Dort waren im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr 165 Mitarbeiter mehr angestellt.

Die Entwicklung der Mitarbeiter der BVG stellt sich wie folgt dar:

	2003	2002	2001	2000	1999
Mitarbeiter BVG zum 31. Dezember (ohne Auszubildende)	12.456	12.940	13.521	14.029	14.933

Die Anzahl der Mitarbeiter im Konzern zum 31. Dezember 2003 betrug 13.974 Mitarbeiter.

Vor dem Hintergrund der weiteren Optimierung im Personalbedarf und den damit verbundenen Umstrukturierungen sowie der Altersstruktur kommt der bedarfsgerechten Aus- und Weiterbildung wachsende Bedeutung zu. Zur Förderung von Zusatzqualifikationen, aktuellem fachlichen Know-how und neuer Dienstleistungsfähigkeiten wird auf der Grundlage von regelmäßigen Bildungsbedarfsanalysen ein jährlicher Weiterbildungskatalog erstellt.

Im Berichtsjahr wurden 100 Auszubildende eingestellt. Zum 31. Dezember 2003 befanden sich insgesamt 422 Jugendliche in der Ausbildung. Davon waren zum Jahresende zehn Mitarbeiter Teilnehmer in einem Förderprogramm. Das Förderprogramm ist für Auszubildende, die ihre Ausbildung besonders gut abgeschlossen haben und gezielt für den betrieblichen Bedarf weitergefördert werden.

## Vermögenslage der BVG

Bei nahezu unveränderter Bilanzsumme verminderte sich die Eigenkapitalquote durch den sich aufbauenden Verlustvortrag und die anhaltende Kreditneuaufnahme.

Der Anteil des Sachanlagevermögens am Gesamtvermögen spiegelt die hohe Anlagenintensität der BVG wieder.

	2003		2002	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Anlagevermögen	4.455,4	94,5	4.518,4	95,7
Umlaufvermögen/ Rechnungsabgrenzungsposten	261,2	5,5	204,2	4,3
<b>Aktiva</b>	<b>4.716,6</b>	<b>100,0</b>	<b>4.722,6</b>	<b>100,0</b>

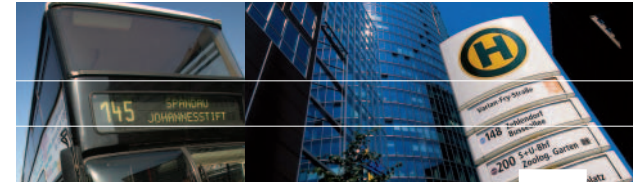
	2003		2002	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Eigenkapital	1.712,2	36,3	1.931,2	40,9
Sonderposten	1.430,8	30,3	1.424,8	30,2
Pensionsrückstellungen	101,3	2,2	96,5	2,0
Übrige Rückstellungen	364,8	7,7	262,0	5,5
Verbindlichkeiten	1.059,0	22,5	962,7	20,4
Rechnungsabgrenzungsposten	48,5	1,0	45,4	1,0
<b>Passiva</b>	<b>4.716,6</b>	<b>100,0</b>	<b>4.722,6</b>	<b>100,0</b>

Einzelerläuterungen zu den Bilanzposten sind im Anhang dargestellt.

## Finanzlage der BVG

Nachstehend erfolgt die Darstellung der Cashflow-Rechnung auf der Basis des Deutschen Rechnungslegungs Standards Nr. 2 (DRS Nr. 2):

Mio. EUR	2003	2002
<b>1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>		
Jahresfehlbetrag vor Umstrukturierungsbeihilfen	-383,1	-253,3
Erträge (+) aus Umstrukturierungsbeihilfen	164,1	149,3
Abschreibungen (+) auf Gegenstände des Anlagevermögens	218,4	203,5
Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	-1,2	-2,3
Erträge (-) aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-77,9	-71,3
Zuschreibungen (+) zum Sonderposten für Investitionszuschüsse	0,2	0,0
Verlust (+) aus Anlageabgängen	1,3	3,0
Zwischensumme	-78,2	28,9
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	107,5	-22,6
Zunahme (-) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-59,0	-22,0
Abnahme (-)/Zunahme (+) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-23,7	10,1
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-53,4	-5,6
<b>2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>		
Einzahlungen (+) aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen und des Sachanlagevermögens	1,2	1,8
Auszahlungen (-) aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	-0,1	0,0
Auszahlungen (-) für Investitionen in das immaterielle und das Sachanlagevermögen	-165,2	-246,8
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-164,1	-245,0
<b>3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>		
Einzahlungen (+) aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	195,7	153,0
Auszahlungen (-) aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten	-66,1	-59,8
Einzahlungen (+) für Investitionszuschüsse	95,2	81,9
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	224,8	175,1
<b>4. Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Zwischensummen 1-3)	7,3	-75,5
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-21,6	53,9
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-14,3	-21,6
<b>5. Zusammensetzung des Finanzmittelfonds</b>		
Liquide Mittel	7,8	12,3
Jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-22,1	-33,9
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-14,3	-21,6



Die BVG erwirtschaftete einen positiven operativen Cashflow – ohne Berücksichtigung ausstehender Ausgleichszahlungen.

Der negative Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von –53,4 Mio. EUR resultiert mit 46,0 Mio. EUR aus bis zum Jahr 2006 ausstehenden Zahlungen aus dem Unternehmensvertrag und mit 16,0 Mio. EUR aus offenen Forderungen der BVG aus Ausgleichszahlungen gemäß §45a PBefG für das Jahr 2002, deren erwarteter Zahlungseingang im Geschäftsjahr 2003 nicht zu verzeichnen war. Bei Hinzurechnung dieser Beträge ergäbe sich ein mit 8,6 Mio. EUR positiver operativer Cashflow und damit eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr.

## Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung der BVG

### Risikomanagement

Der BVG-Konzern ist durch seine wirtschaftlichen Aktivitäten in einem von zunehmendem Wettbewerb, von regulatorischem Umfeld (u. a. Betriebsleistungsbestellung, Festlegung der Fahrgeldtarife, Konzessionserteilung, zukünftige Ausschreibungsaufgaben) und einer wachsenden Komplexität der angewendeten Technologien geprägten Umfeld sowohl allgemeinen unternehmerischen als auch branchenspezifischen Risiken ausgesetzt.

Der BVG-Konzern hat im vergangenen Jahr die systematische Identifikation und Dokumentation der bestehenden Risiken in allen Gesellschaften einschließlich deren Analyse fortgesetzt. Im Rahmen standardisierter Berichtsformen werden mögliche Risiken beschrieben sowie nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenspotenzial bewertet und klassifiziert. Die regelmäßige Berichterstattung und Analyse erlaubt die Beobachtung der Risikoentwicklung und die umgehende Ableitung und laufende Beurteilung der Wirksamkeit von Sicherungssystemen. Ziel der eingeleiteten Maßnahmen ist die Vermeidung oder Verminderung der festgestellten Risiken. Gemäß der Festlegung im Risikomanagementhandbuch für den BVG-Konzern wurde im Berichtsjahr eine umfangreiche Risikoinventur durchgeführt. In das Risikomanagementsystem des BVG-Konzerns sind Vorstand und Aufsichtsrat durch regelmäßige Berichterstattung eingebunden.

Konkrete Risiken, die den Fortbestand des Konzerns gefährden, sind nicht erkennbar.

Der gegenwärtigen Risikosituation ist ausreichend durch bilanzielle Vorsorge bzw. entsprechende Versicherungsverträge Rechnung getragen.

### Marktrisiken

Das Marktumfeld, in dem sich die BVG bewegt, ist durch die bevorstehende Deregulierung geprägt. Zur Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit wurde das BVG Sanierungs- und Umsetzungskonzept (BSU 2000) entworfen, das auf die Reduzierung von Sach- und Personalaufwand sowie die Steigerung der Erträge zielt.

Das Erreichen der durch den Unternehmensvertrag vorgesehenen Einnahmesteigerungen im Bereich der Verkehrserträge ist ein kritischer Erfolgsfaktor. Voraussetzung für die Erlangung der Wettbewerbsfähigkeit sind neben den differenzierten Anstrengungen für die Kundenbindung und Kundengewinnung auch in Berlin regelmäßige, dem Bundesniveau entsprechende Tarifanpassungen sowie eine Angleichung der Tarifiergiebigkeit an das Niveau vergleichbarer Metropolen bzw. Regionen. Aufgrund der geltenden Verfahren zur Entscheidungsfindung über Tarifanpassungsmaßnahmen ist die BVG in ihrem unternehmerischen Handeln eingeschränkt. Zur Durchsetzung der Ziele werden seitens des Vorstands der BVG auf die Gremien des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg Einfluss genommen und der sachgerechte Dialog mit der Genehmigungsbehörde und der politischen Leitung des Landes Berlin geführt. Denkbare neue Produkt-Preis-Kombinationen wurden in Zusammenarbeit mit der S-Bahn Berlin GmbH und der VBB GmbH in einem Tarifkonzept integriert, das ab 2006 greifen soll.

Die auslaufenden und die erneut beantragten Linienkonzessionen des Unternehmensbereichs Omnibus werden durch die bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung angesiedelte Genehmigungsbehörde zurzeit nur bis zum 31. Dezember 2007 befristet verlängert. Diese Praxis entspricht unbeachtet der Regelungen im bis zum Ende des Jahres 2007 laufenden Unternehmensvertrag nicht den Möglichkeiten des Personenbeförderungsgesetzes und stellt für die BVG heute, insbesondere bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge und deren Abschreibungsnotwendigkeiten, ein erhebliches finanzielles Risiko dar. Von der Erfordernis der Konzessionsverlängerung sind allein im Jahr 2004 insgesamt neun Omnibuslinien betroffen. Hier gilt es, in absehbarer Zeit ein gestaffeltes Verfahren zu entwickeln und mit der Genehmigungsbehörde zu vereinbaren.

### Finanzwirtschaftliche Risiken

Zur Beseitigung von Substanzschäden an den Tunnelbauwerken und Viadukten der U-Bahn im Ost- und Westteil der Stadt sind umfangreiche Baumaßnahmen notwendig. Die Finanzierung der Sanierung soll durch GVFG<sup>1)</sup>-Fördermittel erfolgen, deren Bereitstellung noch nicht in vollem Umfang abgesichert ist. Ein entsprechender Rahmenantrag ist gestellt und befindet sich in Prüfung bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Durch seine fast vollständig lokal begrenzte Geschäftstätigkeit ist der BVG-Konzern von Währungskursrisiken nur indirekt betroffen und weitestgehend ohne Einflussmöglichkeiten darauf.

Aufgrund der im Berliner Betriebsgesetz (BerBG) niedergelegten Gewährträgerhaftung des Landes Berlin für die Verbindlichkeiten der BVG ist der Zugang zu Fremdkapital z.Zt. noch gesichert, so dass eine Gefährdung der Zahlungsfähigkeit nicht gegeben ist. Dennoch ist eine kritischere Grundhaltung der Finanzwelt in Bezug auf die Nachhaltigkeit dieser positiven Einflüsse auf die BVG vernehmbar, die in der Tendenz zur Einstufung in schlechtere Risikoszenarien führen kann und damit zu einer Erhöhung der Finanzierungskosten für Fremdkapital.

Dem Bundesniveau adäquate Tarifanpassungen sind für das Erreichen der Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich.

Die BVG bemüht sich, Risiken aus der Omnibus-Beschaffung in den nächsten Jahren zu reduzieren.

<sup>1)</sup> Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz



Risiken aus den geschlossenen US-Cross-Border-Lease-Verträgen werden im Rahmen des Risikomanagements kontinuierlich überwacht. Sie sind durch vertragliche Schutzmechanismen weitestgehend begrenzt bzw. ausgeschlossen. Lediglich im Falle einer außerplanmäßigen, vorzeitigen Vertragsbeendigung durch die BVG können Währungskurs- und Zinsänderungsrisiken für die bei vorzeitiger Vertragsbeendigung von der BVG zu leistende vertraglich festgelegten Abschlusszahlungen auftreten.

## Geschäftsverlauf der Tochterunternehmen

Im Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen befinden sich nur Unternehmen, bei der die BVG als Gesellschafterin 100 %ige Anteilseignerin ist. Grundlage für das Erfassen und die Bewertung von Geschäftsrisiken der Tochterunternehmen ist die von der BVG vorgegebene Systematik. Zum Geschäftsverlauf, der Entwicklung sowie der Risikoeinschätzung zum Abschluss des Geschäftsjahres ergibt sich für die Tochterunternehmen folgendes Bild:

### BT Berlin Transport GmbH (BT)

Im Rahmen der strategischen Positionierung der BVG hat die BT als Tochterunternehmen der BVG die Zielsetzung, die Kosten des Fahrdienstes nachhaltig niedrig zu halten, um im erwarteten Wettbewerb um ÖPNV-Konzessionen den derzeitigen Besitzstand der BVG für den Konzern zu sichern.

Die BT will nach Preis und Qualität erster Anbieter im Land Berlin sein. Diese Zielsetzung soll insbesondere durch schlanken organisatorischen Aufbau, durch die Nutzung der Möglichkeiten moderner Informationstechnologie und mittels eines Tarifvertragswerkes, das sich an den Bedingungen des privaten Omnibusgewerbes in Berlin orientiert, erreicht und gesichert werden.

Die BT hat im Geschäftsjahr 2003 einen Überschuss nach Steuern in Höhe von 516 Tsd. EUR (Vorjahr 445 Tsd. EUR) erwirtschaftet. Abweichend von der Wirtschaftsplanung 2003 haben zusätzliche Aufträge der BVG in den Sparten Omnibus und Straßenbahn in 2003 zur Einstellung weiterer Fahrerinnen und Fahrer geführt.

Aufgrund von Produktivitätssteigerungen und Kostensenkungsmaßnahmen bei der BVG im Jahr 2004 kann es zu Leistungsrücknahmen sowie Absenkung der Leistungspreise von der BT zur BVG kommen, die einen Personalabbau bei der BT erzwingen würden. Die BT wird im Eintrittsfall versuchen, Auftragsausfällen durch eine veränderte Leistungsaufnahme, vor allem in der Sparte U-Bahn, entgegenzuwirken. Darüber hinaus sind im Blick auf das Jahr 2004 keine Risiken derzeit erkennbar.

### Gemeinnützige Heimstättenbaugesellschaft der BVG GmbH (GHG)

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der GHG im Berichtsjahr lag unverändert in der Bewirtschaftung von über 5.000 Wohnungen (Stand 31. Dezember 2003) sowie anderer Liegenschaften und Objekte.

Das Geschäftsjahr verlief für die GHG planmäßig positiv. Die Gesellschaft hat auf dem schwieriger gewordenen Berliner Wohnungsmarkt vergleichsweise geringe Risiken. Bei einer Fluktuation von 8,4 % (Durchschnitt Berliner Wohnungsmarkt: 9,4 %) beträgt die Jahresleerstandsquote 2,2 % (Durchschnitt Berliner Wohnungsmarkt: 5,5 %). Mit einer Eigenkapitalquote von rd. 42 % liegt die GHG unverändert über dem Durchschnitt vergleichbarer Unternehmen.

Unter Beachtung der fortlaufenden Analyse des Wohnungsbestandes steht für die Gesellschaft die Qualitätsverbesserung des Ausstattungsstandards im Vordergrund, um wettbewerbsfähige und attraktive Wohnungen anbieten zu können. Somit soll die Ertragskraft des Unternehmens langfristig gesichert werden.

Ein wichtiger Vorgang des Berichtsjahres war die tariflich vereinbarte Anhebung der Löhne und Gehälter ab dem 1. Juli 2003 um 2,0 %.

Aufgrund der jüngsten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur „Gemeinnützigkeit“ vom Februar 2003 haben die Gesellschafter beschlossen, den Namen des Unternehmens zu ändern. Mit Eintragung ins Handelsregister Anfang des Jahres 2004 wird die Gesellschaft unter „GHG Wohnen GmbH“ firmieren.

Unverändert will die Gesellschaft im Zeitraum des kurz- und mittelfristigen Wirtschafts- und Finanzplans für die Jahre 2004 bis 2011 umfangreiche Modernisierungen und Instandhaltungsmaßnahmen durchführen.

Zukünftige Risiken resultieren im Wesentlichen aus der Möglichkeit einer zukünftigen nicht kostendeckenden Vermietung von Wohn- und Geschäftsräumen. Soweit Risiken bei vier Wohnhausgruppen konkret erkennbar waren, hat die Gesellschaft im Rahmen der kaufmännischen Vorsicht Rückstellungen gebildet.

### PAB Plakat- und Außenwerbung GmbH Berlin (PAB)

Die PAB ist am Berliner Außenwerbungsmarkt einer der führenden Anbieter. Die Aktivitäten der PAB liegen dabei hauptsächlich in der Vermarktung von Werbeflächen im Straßenland, der werblichen Vermarktung einschließlich der Aufstellung von Wartehallen sowie der Betreuung von Verkaufseinrichtungen im U-Bahn-Bereich. Darüber hinaus wird durch die PAB das in 2000 eingeführte Medium U-Bahn-Fernsehen „Berliner Fenster“ am Markt platziert.



Die PAB sah sich im Berichtsjahr weiterhin einer ungünstigen Konjunkturentwicklung auf dem Werbemarkt ausgesetzt. Die negative Geschäftsentwicklung des Jahres 2002, vor allem in den Geschäftsbereichen Außenwerbung und „Berliner Fenster“, setzte sich damit in 2003 fort.

Das Außenwerbungsgeschäft der BVG, das bisher durch die BVG-Dienststelle F-VVR (VVR-Berek) und die PAB GmbH Berlin betrieben wurde, ist nach Beschluss des Aufsichtsrates der BVG und der Gesellschafterversammlung der PAB GmbH per 19. Dezember 2003 in der neu gegründeten Gesellschaft VVR-Berek GmbH zusammengeführt worden. Der Geschäftsbereich Vermietung der PAB GmbH wird ebenfalls in die VVR-Berek GmbH überführt. In der PAB GmbH Berlin verbleibt als wesentliche Geschäftstätigkeit das U-Bahn-Fernsehen. Mit Wirkung vom 11. Februar 2004 wird die PAB in Berliner Fenster GmbH umbenannt. Durch die Restrukturierung sollen die Geschäftsaktivitäten im Bereich Werbung und U-Bahn-Fernsehen zukünftig transparenter und konzentrierter erfolgen sowie die Basis für angestrebte strategische Partnerschaften geschaffen werden.

Im März 2003 wurde der Werbepachtvertrag der BVG bezüglich der Werbung im öffentlichen Straßenland durch den zuständigen Senator mit Wirkung zum Jahresende 2004 gekündigt. Sollte – trotz aktuell günstig verlaufender Gespräche über eine Vertragsverlängerung – diese Kündigung greifen, wäre mit erheblichen Auswirkungen auf das Geschäft der neuen Gesellschaft VVR-Berek GmbH zu rechnen.

Im September 2003 wurde im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft mit den ÖPNV-Unternehmen anderer großer deutscher Städte ein Konzept zur Erschließung der Werbemittel aus landesweiten Werbekampagnen entwickelt, durch die eine substantielle Steigerung der Werbeeinnahmen erreicht werden kann. Der zukünftige Geschäftserfolg und damit der langfristige Bestand der PAB GmbH hängt in hohem Maße von der bundesweiten und erfolgreichen Vermarktung des Mediums „Berliner Fenster“ ab.

Das Jahr 2004 wird für die VVR-Berek GmbH und das Geschäftsfeld „Berliner Fenster“ der PAB GmbH hauptsächlich durch die abzuschließenden Restrukturierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Sicherung und Erweiterung der künftigen Geschäftstätigkeit durch eine strategische Partnerschaft und Erschließung weiterer Umsatzsteigerungs- und Kostensenkungspotenziale bestimmt.

Für die drohenden Risiken wurde ausreichend bilanzielle Vorsorge getroffen. Ein wesentlicher Teil davon ist die Bildung einer Drohverlustrückstellung, die aus vertraglichen Risiken im Geschäftsfeld „Berliner Fenster“ resultiert.

#### IOB Internationale Omnibusbahnhof-Betreibergesellschaft mbH (IOB)

Die IOB betreibt im Auftrag der BVG den Omnibusbahnhof am Messegelände/Funkturn. Das Kerngeschäft der IOB liegt dabei auf der Steuerung und dem Ablauf des Zentralen Omnibusbahnhofes (ZOB), der von privaten Busunternehmen im Liniendienst und im Fernreiseverkehr angefahren wird. Darüber hinaus werden seitens der IOB die auf dem Gelände befindlichen Baulichkeiten vermarktet.

Die Umsatzerlöse aus Mieten, Pachten und Werbung sowie Nutzungsgebühren der den ZOB-Berlin anfahren Busgesellschaften betrugen im Jahr 2003 683,6 Tsd. EUR, womit der Planansatz um 5,6 % übertroffen wurde. Ursächlich hierfür sind vor allem zusätzliche Mieteinnahmen und die um 14,5 % über die Planung hinaus gestiegene Anzahl der An- und Abfahrten im Reisebusverkehr. Ein Jahresgewinn in Höhe von 45 Tsd. EUR (Vorjahresverlust von 2,5 Tsd. EUR) dokumentiert die erfreuliche Geschäftsentwicklung.

Im Zusammenhang mit dem Neubau der auf dem Gelände befindlichen Tankstelle und dem Projekt zur Versorgung mit dem neuen Energieträger Wasserstoff arbeitet die IOB zurzeit an der Einrichtung einer Nutzergemeinschaft über die Finanzierung, Errichtung und den Betrieb einer bereits projektierten Kraftfahrzeug-Servicestation.

Nennenswerte Risiken für die IOB sind aus heutiger Sicht nicht zu erkennen.

#### BVG Media Holdinggesellschaft mbH & Co. KG und BVG Media Verwaltungsgesellschaft mbH

Die BVG Media Holdinggesellschaft mbH & Co. KG und die BVG Media Verwaltungsgesellschaft mbH wurden am 19. Dezember 2003 mit dem Beschluss des Aufsichtsrats vom 12. Dezember 2003 als 100 %ige Tochtergesellschaften der BVG gegründet.

Die BVG Media Holding GmbH & Co. KG besitzt 100 % der Anteile der ebenfalls am 19. Dezember 2003 gegründeten VVR-Berek GmbH, auf die die Geschäfte der Außenwerbung und der Verkaufseinrichtungen der BVG und der PAB GmbH übergegangen sind. Die PAB GmbH agiert seit dem 19. Dezember 2003 ebenfalls als 100 %ige Tochtergesellschaft der BVG Media Holding GmbH & Co. KG und konzentriert sich nun ausschließlich auf das Geschäftsfeld U-Bahn-Fernsehen „Berliner Fenster“.

Die BVG Media Holdinggesellschaft mbH & Co. KG und die BVG Media Verwaltungsgesellschaft mbH haben am 1. Januar 2004 ihre operative Geschäftstätigkeit aufgenommen. Konkrete Geschäftsrisiken sind derzeit nicht erkennbar.

Für das Geschäftsjahr 2004 wird für beide Gesellschaften ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

## Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

### Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres (Nr. 1)

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns und seiner Gesellschaften von besonderer Bedeutung wären, sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

### Voraussichtliche Entwicklung (Nr. 2)

Die BVG rechnet mit einer leichten Umsatzsteigerung für 2004.

Zu Beginn des Jahres 2004 befindet sich die Bundesrepublik Deutschland weiterhin in einer wirtschaftlich unsicheren Situation. Aus der Sicht der BVG bleiben die Risiken aus der durch Arbeitslosigkeit und Veränderung der Verkehrsströme bedingten Stagnation der Fahrgastzahlen sowie steigenden Rohstoffpreisen und Zinsen bestehen. Aus diesen Gründen geht das Management der BVG für das Jahr 2004 nur von einem moderaten Anstieg der Umsatzerlöse und unter Fortsetzung der Sanierungsmaßnahmen trotz der Preis- und Tarifsteigerungen von einem weiterhin erheblichen Jahresfehlbetrag aus.

Für das Jahr 2004 wird trotz der auf den 1. April 2004 vorgezogenen Tarifanpassung von einer geringfügigen Reduzierung der Verkehrserträge ausgegangen. Dieser Gesamteffekt ergibt sich zum einen aus den positiven Einflüssen der Tarifanpassung und dem Einnahmenaufteilungsvertrag auf die Fahrgelderträge und zum anderen aus der Reduzierung des Ersatzes für Einnahmeausfälle. Bei diesen Zahlungen wird es im Jahr 2004 aufgrund der Minderung der Zahlungen gemäß § 45a PBefG (pauschale Kürzung und Reduzierung der anrechenbaren Gültigkeitstage im Ausbildungsverkehr ab 1. Januar 2004) sowie des Wegfalls der Zuschüsse für die Berlin-Karte S zu deutlichen Verminderungen kommen. Aus diesem Grund werden Gespräche mit den zuständigen Senatsverwaltungen geführt, um gegebenenfalls für das Jahr 2004 und die Folgejahre zu einer veränderten Abrechnungsweise zu kommen.

Eines der wichtigsten Sanierungsziele der BVG ist, eine Ertragssteigerung zum einen durch die Ausschöpfung der verbleibenden Potenziale für bezahlte Fahrten, zum anderen durch die Ausschöpfung von Tarifpotenzialen zu erreichen. Das bestehende Tarifsysteem soll im Laufe der nächsten Jahre vereinfacht und gleichzeitig logisch differenziert werden. Dieses erfolgt durch die Programme „Angebotsoptimierung“ und „Tarifgestaltung“. Mit diesen Programmen soll das Angebot auf Grundlage der Fahrgastpräferenzen optimiert werden, um Betriebskosten zu senken und Erträge zu steigern. Darüber hinaus sind flankierend zielgerichtete Marketing- und Kommunikationsmaßnahmen erforderlich.

Die für die Sanierung der BVG zwingend erforderliche Kostensenkung und Flexibilisierung kann nur durch einen grundlegenden Strukturwechsel erreicht werden. Daher wird vom BVG-Management die Möglichkeit geprüft, die verbundenen Unternehmen und Beteiligungen um die BVG zusammen zu einer Berliner Verkehrsgruppe weiterzuentwickeln. Zum beschleunigten Erreichen des Sanierungsziels und zum Ausschöpfen der Geschäftspotenziale in artverwandten und/oder benachbarten Feldern bzw. Regionen sollen nach dem vom BVG-Management an den Aufsichtsrat vorgeschlagenen Konzept die nicht unmittelbar transportorientierten betrieblichen Funktionen schrittweise in Tochtergesellschaften bzw. vorzugsweise in Gemeinschaftsunternehmen überführt werden.

Neben dem Strukturwechsel und der Ertragssteigerung sind die Aufwandsenkungspotenziale ein wesentlicher Teilaspekt von BVG-L.E.N.K.R.A.D. Dazu gehören, neben den oben genannten Programmen, insbesondere die Programme:

- „Optimierung Fahrdienst“: Neugestaltung von Pausenregelungen, Dienstplanungen und Fahrzeugbedarf,
- „Werkstätten- und Standortkonzept“: Optimierung der Standorte und Prozesse,
- „Vertriebsoptimierung“: Optimierung des Vertriebswege-Mixes,
- „Fahrzeugbeschaffung“: Reduzierung der Ausstattungsdetails, Verbesserung der Investitionsabläufe und der Wiederverkaufbarkeit,
- „Immobilienbewirtschaftung und -vermarktung“: kostenoptimale Bewirtschaftung und Vermarktung von Immobilien,
- „Instandhaltung Infrastruktur/Baumanagement“: Optimierung der Instandhaltung und bedarfsgerechte Betriebsanlagenreduzierung,
- Sachkostensenkung.

Die gegenwärtige Personalstruktur und die gegenwärtigen Personalkosten verhindern einen nachhaltigen Verlustabbau und führen außerdem zu einem nicht konkurrenzfähigen Gesamtpersonalaufwandsniveau. Die „natürliche“ Reduzierung sowie die bestehenden personalwirtschaftlichen Programme (58er-Regelung, Abfindung, Teilzeitprogramm) reichen für den erforderlichen Personalabbau nicht aus. Der zu verringernde Personalaufwand muss im Wesentlichen durch eine Wechselkombination aus altersbedingtem und freiwilligem Personalabbau sowie über die Reduzierung des Personalaufwandes je Mitarbeiter erreicht werden. Im angestrebten Personalzielmodell soll die BVG-Gruppe (BVG AöR und BT GmbH) rund 9.500 Vollbeschäftigteneinheiten umfassen.

Die BVG soll zu einer Verkehrsgruppe mit der BVG AöR als Kern weiterentwickelt werden.

Sowohl die Stellenanzahl als auch der Personalaufwand je Mitarbeiter müssen weiter gesenkt werden.

Darüber hinaus wird derzeit mit den Tarifvertragsparteien über den Abschluss eines Spartenarbeitsvertrages einschließlich einer Anwendungsvereinbarung verhandelt.

Die Erwartung der BVG fokussiert sich dabei auf eine schrittweise Absenkung der heutigen Lohn- und Gehaltsaufwendungen in den nächsten vier bis fünf Jahren zur Unterstützung der Sanierungsziele der BVG im Rahmen einer Eigenbeteiligung der Mitarbeiter des Unternehmens.

Parallel zur Sanierung sollen Wettbewerbsvorteile in der Region Berlin-Brandenburg, die sich aus der Leistungsstärke und Größe der BVG ergeben und die die rentable Expansion einzelner Geschäftsfelder ermöglichen, ausgebaut und genutzt werden. Dieser Prozess wird von der abschließenden klaren Strukturierung der Aufgaben, Funktionen und Leistungsbeziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren im Berliner ÖPNV genauso begleitet wie die Sicherung der Finanzierung des ÖPNV auf Basis begrenzter Zuschusszahlungen des Senats von Berlin.

Berlin, 27. Februar 2004

  
Andreas Graf von Arnim

  
Thomas Necker

  
Dr. Hans-Heino Dubenkropp

  
Hilmar Schmidt-Kohlhas



## Jahresabschluss

32 Bilanz der BVG
33 Gewinn- und Verlustrechnung der BVG
34 Konzernbilanz
35 Konzern-Gewinn- und -Verlustrechnung
36 Anhang und Konzernanhang
36 Allgemeine Angaben
36 Konsolidierungskreis
36 Konsolidierungsgrundsätze
37 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
40 Erläuterungen der Bilanz
40 Anlagenspiegel der BVG
42 Konzern-Anlagenspiegel
44 Wesentliche Beteiligungen
44 Vorräte
45 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
45 Rechnungsabgrenzungsposten
46 Eigenkapital
47 Rückstellungen
48 Verbindlichkeiten
49 Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung
49 Umsatzerlöse nach Bereichen
49 Sonstige betriebliche Erträge
50 Materialaufwand
50 Personalaufwand/Mitarbeiter
51 Abschreibungen
51 Sonstige betriebliche Aufwendungen
52 Beteiligungs- und Finanzergebnis
52 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
53 Sonstige Angaben

### Bilanz der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Anstalt des öffentlichen Rechts, zum 31. Dezember 2003

in Tausend EUR			
Aktiva	Anhang	31.12.2003	31.12.2002
Immaterielle Vermögensgegenstände		49.917	41.663
Sachanlagen		4.381.894	4.451.214
Finanzanlagen		23.623	25.583
Anlagevermögen	(1,3)	4.455.434	4.518.460
Vorräte	(4)	14.317	15.324
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(5)	238.887	176.518
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		7.821	12.340
Umlaufvermögen		261.025	204.182
Rechnungsabgrenzungsposten	(6)	100	1
		<b>4.716.559</b>	<b>4.722.643</b>

in Tausend EUR			
Passiva	Anhang	31.12.2003	31.12.2002
Gezeichnetes Kapital		2.560.000	2.560.000
Kapitalrücklage		21.134	21.134
Verlustvortrag		-649.954	-545.902
Jahresfehlbetrag		-219.007	-104.052
Eigenkapital	(7)	1.712.173	1.931.180
Sonderposten aus Investitionszuschüssen		1.430.853	1.424.831
Rückstellungen	(8)	466.022	358.554
Verbindlichkeiten	(9)	1.058.967	962.660
Rechnungsabgrenzungsposten		48.544	45.418
		<b>4.716.559</b>	<b>4.722.643</b>

### Gewinn- und Verlustrechnung der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Anstalt des öffentlichen Rechts, für das Geschäftsjahr 2003

in Tausend EUR			
	Anhang	2003	2002
Umsatzerlöse	(10)	619.008	581.835
Bestandsveränderungen		79	-8
Andere aktivierte Eigenleistungen		24.503	19.956
Gesamtleistung		643.590	601.783
Sonstige betriebliche Erträge	(11)	539.375	545.868
Materialaufwand	(12)	260.160	252.363
Personalaufwand	(13)	795.142	687.760
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(14)	216.427	203.486
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(15)	90.143	74.124
Betriebsergebnis		-178.907	-70.082
Beteiligungs- und Finanzergebnis	(16)	-38.762	-32.670
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-217.669	-102.752
Sonstige Steuern		1.338	1.300
Jahresfehlbetrag		<b>-219.007</b>	<b>-104.052</b>

## Konzernbilanz zum 31. Dezember 2003

in Tausend EUR			
Aktiva	Anhang	31.12.2003	31.12.2002
Immaterielle Vermögensgegenstände		50.128	41.866
Sachanlagen		4.480.322	4.545.975
Finanzanlagen		2.459	2.434
Anlagevermögen	(2)	4.532.909	4.590.275
Vorräte	(4)	22.986	23.867
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(5)	240.429	179.267
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		11.438	19.400
Umlaufvermögen		274.853	222.534
Rechnungsabgrenzungsposten	(6)	215	140
		<b>4.807.977</b>	<b>4.812.949</b>

in Tausend EUR			
Passiva	Anhang	31.12.2003	31.12.2002
Gezeichnetes Kapital		2.560.000	2.560.000
Kapitalrücklage		21.134	21.134
Gewinnrücklagen		30.824	23.435
Bilanzverlust		-865.520	-644.725
Eigenkapital	(7)	1.746.438	1.959.844
Sonderposten aus Investitionszuschüssen		1.430.853	1.424.831
Sonderposten aus Investitionszulagen		0	941
Rückstellungen	(8)	473.926	361.409
Verbindlichkeiten	(9)	1.108.142	1.020.360
Rechnungsabgrenzungsposten		48.618	45.564
		<b>4.807.977</b>	<b>4.812.949</b>

## Konzern-Gewinn- und -Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2003

in Tausend EUR			
	Anhang	2003	2002
Umsatzerlöse	(10)	631.132	592.980
Erhöhung/Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		126	1.026
Andere aktivierte Eigenleistungen		24.597	20.279
Gesamtleistung		655.855	614.285
Sonstige betriebliche Erträge	(11)	567.978	576.201
Materialaufwand	(12)	230.382	221.342
Personalaufwand	(13)	843.456	730.177
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(14)	221.498	209.548
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(15)	106.283	91.939
Betriebsergebnis		-177.786	-62.520
Beteiligungs- und Finanzergebnis	(16)	-40.309	-34.241
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-218.095	-96.761
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(17)	600	297
Sonstige Steuern		2.076	2.031
Jahresfehlbetrag		-220.771	-99.089
Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-644.725	-545.626
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen		0	47
Einstellungen in satzungsmäßige Rücklagen		0	47
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		24	10
Bilanzverlust		<b>-865.520</b>	<b>-644.725</b>

## Anhang und Konzernanhang der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin, zum 31. Dezember 2003

### Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss der Berliner Verkehrsbetriebe sind gemäß den Bestimmungen des Berliner Betriebesgesetzes sowie des Publizitätsgesetzes nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Des Weiteren werden die ergänzenden Bestimmungen der Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen beachtet; das Gliederungsschema ist um branchenspezifische Posten erweitert. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Soweit nichts anderes vermerkt ist, betreffen die nachfolgenden Ausführungen des zusammengefassten Anhangs gleichsam den Jahresabschluss der BVG und den Konzernabschluss.

### Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis umfasst neben der BVG als Muttergesellschaft acht nach den handelsrechtlichen Vorschriften voll zu konsolidierende Tochtergesellschaften. Aufgrund untergeordneter Bedeutung wurde die NESKom Projektierungsgesellschaft für Nahverkehrs-, Elektro-, Service- und Kommunikationstechnik mbH nicht in den Konzernabschluss einbezogen. Die Tochtergesellschaften und assoziierten Unternehmen sind gesondert in einer Aufstellung des Anteilsbesitzes dargestellt.

### Konsolidierungsgrundsätze

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Einzelabschlüsse folgen in Bilanzierung und Bewertung grundsätzlich den von der BVG angewandten Methoden. Soweit auf die in den Konzernabschluss zu übernehmenden Vermögensgegenstände in den Einzelabschlüssen der einbezogenen Unternehmen Sonderabschreibungen aufgrund steuerlicher Vorschriften vorgenommen wurden, sind diese Wertansätze bis zum 31. Dezember 2002 unverändert in den Konzernabschluss übernommen worden. Im Rahmen einer Rechtsänderung ist das Wahlrecht zur unveränderten Übernahme von Vermögensgegenständen oder Schulden in den Konzernabschluss mit nur nach Steuerrecht zulässigen Wertansätzen nach § 308 Abs. 3 (alte Fassung) des Handelsgesetzbuches durch In-Kraft-Treten des Transparenz- und Publizitätsgesetzes entfallen. Ein sich ergebender Unterschiedsbetrag wurde gem. Art. 54 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Buchwertmethode durchgeführt. Die Anschaffungswerte der Beteiligungen werden mit dem auf sie entfallenden Eigenkapitalanteil zum Zeitpunkt ihres Erwerbs verrechnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen zwischen den einbezogenen Unternehmen werden gegeneinander aufgerechnet.

### Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Einzelabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden entsprechend den gesetzlichen Vorschriften nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zuzüglich Nebenkosten und gegebenenfalls abzüglich Anschaffungspreisminderungen, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Diese erfolgen in der Regel über Nutzungszeiten zwischen drei und zehn Jahren.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zuzüglich Nebenkosten und gegebenenfalls abzüglich Anschaffungspreisminderungen aktiviert und planmäßig linear abgeschrieben. In die Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen werden Material- sowie Fertigungskosten, Sonderkosten der Fertigung und angemessene Teile der Material-, Fertigungs- sowie Verwaltungsgemeinkosten einbezogen.

Zinsen für Fremdkapital werden grundsätzlich nicht in die Herstellungskosten einbezogen; eine Ausnahme bildet hier die Tochtergesellschaft Gemeinnützige Heimgartenbaugesellschaft der BVG GmbH (GHG) im Rahmen der Erstellung von Wohnungsneubauten. Verkehrswegebauten und Gebäude werden über Nutzungsdauern zwischen 50 und 100 Jahren abgeschrieben. Bei der GHG werden gewerblich genutzte Gebäude über 25 Jahre abgeschrieben. Für Gleisanlagen liegt die Nutzungsdauer in der Regel bei bis zu 30 und bei maximal 60 Jahren.

Das bewegliche Anlagevermögen wird ebenfalls linear abgeschrieben, die Nutzungsdauer der Schienenfahrzeuge der U-Bahn liegt bei 35 Jahren, für Straßenbahnfahrzeuge zwischen 16 und 30 Jahren. Omnibusse werden über 12 Jahre abgeschrieben.

Die BVG macht von der Vereinfachungsregel gemäß R 44 Abs. 2 Satz 3 EStR (Halbjahresregel) Gebrauch.

Geringwertige Anlagegüter gemäß § 6 Abs. 2 EStG werden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des zum Abschlussstichtag ggf. niedrigeren beizulegenden Wertes aktiviert. Die sonstigen Ausleihungen sind zum Nennwert bewertet.

Soweit der am Abschlussstichtag beizulegende Wert von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens unter dem nach den vorstehenden Grundsätzen ermittelten Wert liegt, wird bei dauernder Wertminderung eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Sind die

Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung nicht mehr gegeben, wird eine Zuschreibung vorgenommen.

Die im Ostteil der Stadt gelegenen Berliner Verkehrsbetriebe (BVB) wurden zum 1. Januar 1992 mit der BVG zusammengeführt. Berichtigungen der DM-Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 werden vorgenommen, soweit sich geänderte Zuordnungsbescheide bezüglich der Grundstücke oder Gebäude der ehemaligen BVB ergeben.

Die Vorräte werden zu gewogenen, gleitenden Durchschnittspreisen bzw. zu Herstellungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Die Herstellungskosten umfassen Fertigungsmaterial, Fertigungslöhne sowie die Material- und Fertigungsgemeinkosten. Für ungängige Vorräte werden ausreichende Bewertungsabschläge vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bilanziert. Erkennbaren Bestandsrisiken wird durch angemessene Abschläge Rechnung getragen. Bei den Forderungen werden Wertberichtigungen für alle erkennbaren Realisierungsrisiken vorgenommen, das allgemeine Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung berücksichtigt.

Flüssige Mittel werden grundsätzlich zum Nennwert bilanziert.

Im Jahresabschluss der BVG erfolgt seit 1994 unter dem Sonderposten aus Investitionszuschüssen der Ausweis der für das aktivierungsfähige Anlagevermögen verwendete Teil der Zuwendungen, die auf der Grundlage des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes geleistet werden. Weiterhin enthalten sind hier die Investitionszuschüsse des Landes Berlin, die seit 1995 vereinnahmt worden sind. Die Auflösung des Postens erfolgt ertragswirksam über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des sonderfinanzierten Anlagevermögens.

Die Pensionsrückstellungen der BVG werden nach der Teilwertmethode auf versicherungsmathematischen Grundlagen unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 6,0 % gebildet. Als Rechnungsgrundlage werden die Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck angewendet.

Die BVG und der Konzern machen von dem Wahlrecht des Art. 28 EGHGB zur Nichtpassivierung der Pensionsverpflichtungen, die vor dem 1. Januar 1987 eingegangen wurden, Gebrauch.

Der Wertansatz der sonstigen Rückstellungen berücksichtigt alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen auf der Grundlage vernünftiger kaufmännischer Beurteilung.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Die Bewertung von Verbindlichkeiten in fremder Währung erfolgt mit dem Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles.

Verluste aus höheren Briefkursen am Abschlussstichtag werden gemäß dem Imparitätsprinzip berücksichtigt.

Aufwendungen und Erträge des Geschäftsjahres werden unabhängig vom Zeitpunkt der Zahlung dann berücksichtigt, wenn sie realisiert sind. Erlöse aus dem Verkauf von Leistungen und Erzeugnissen sind realisiert, wenn die geschuldete Lieferung oder Leistung erbracht worden und der Gefahrenübergang erfolgt ist. Zeitraumbezogene Aufwendungen und Erträge werden nur berücksichtigt, soweit sie auf das Geschäftsjahr entfallen.



## Erläuterungen der Bilanz

Werte in Tausend EUR, soweit nicht anders angegeben

## (1) Anlagenspiegel der BVG

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen					Buchwert		
	31.12.2002	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2003	31.12.2002	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2003	31.12.2003	31.12.2002
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Nutzungsrechte	75.726	5.544	110	8.629	89.789	34.063	5.823	8	−6	39.872	49.917	41.663
	75.726	5.544	110	8.629	89.789	34.063	5.823	8	−6	39.872	49.917	41.663
II. Sachanlagen												
1a). Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	618.665	1.556	92	12.274	632.403	190.824	13.222	32	0	204.014	428.389	427.841
1b). Grundstücke mit Bahnkörpern und Bauten des Schienenweges	2.315.604	5.846	2.224	22.092	2.341.318	535.736	35.117	1.674	−125	569.054	1.772.264	1.779.868
2. Grundstücke mit Wohnbauten	69	0	0	0	69	62	0	0	0	62	7	7
3. Grundstücke ohne Bauten	45	0	0	0	45	0	0	0	0	0	45	45
4. Gleichrichterwerke	120.086	1.162	1.214	2.120	122.154	53.441	5.024	1.135	161	57.491	64.663	66.645
5. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	1.220.161	44.486 <sup>1)</sup>	8.814	23.596	1.279.429	533.855	62.553	5.171	−82	591.155	688.274	686.306
6. Fahrzeuge für Personenverkehr	1.720.127	13.032	52.261	28.646	1.709.544	737.929	75.831 <sup>2)</sup>	51.811	2.262	764.211	945.333	982.198
7. Maschinen oder maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 4–6 gehören	78.002	1.599	1.904	1.571	79.268	52.763	4.017	1.901	0	54.879	24.389	25.239
8. Betriebs- und Geschäftsausstattung	208.011	3.464	2.269	5.150	214.356	134.733	14.468	1.960	6	147.247	67.109	73.278
9. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	433.169	89.382 <sup>1)</sup>	8.487	−104.078	409.986	23.382	0	2.601	−2.216	18.565	391.421	409.787
	6.713.939	160.527	77.265	−8.629	6.788.572	2.262.725	210.232	66.285	6	2.406.678	4.381.894	4.451.214
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	23.166	3.939	5.914	0	21.191	0	2.000	2.000	0	0	21.191	23.166
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	10	0	10	0	0	0	0	0	0	0	0	10
3. Beteiligungen	2.310	0	0	0	2.310	6	0	0	0	0	2.310	2.310
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	97	25	0	0	122	0	0	0	0	0	122	97
	25.583	3.964	5.924	0	23.623	6	2.000	2.000	0	0	23.623	25.583
Gesamt <sup>2)</sup>	6.815.248	170.035	83.299	0	6.901.984	2.296.788	218.055	68.293	0	2.446.550	4.455.434	4.518.460

<sup>1)</sup> In den Zugängen des Geschäftsjahres sind Zuschreibungen in Höhe von 823 Tsd. EUR enthalten.

Diese setzen sich zusammen aus Zuschreibungen auf Posten II. 5. (8 Tsd. EUR) und II. 9. (815 Tsd. EUR).

<sup>2)</sup> Geringwertige Anlagegüter sind in den Zugängen im Umfang von 564 Tsd. EUR enthalten.

Sie wurden voll abgeschrieben und in Abgang gestellt.

<sup>3)</sup> In der Spalte Zugänge für Abschreibungen der Periode sind im Posten II. 6. Zuschreibungen in Höhe von 372 Tsd. EUR enthalten.

## (2) Konzern-Anlagenspiegel

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen					Buchwert		
	31.12.2002	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2003	31.12.2002	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2003	31.12.2003	31.12.2002
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Nutzungsrechte	76.606	5.695	129	8.698	90.870	34.740	6.034	27	-5	40.742	50.128	41.866
	76.606	5.695	129	8.698	90.870	34.740	6.034	27	-5	40.742	50.128	41.866
II. Sachanlagen												
1a). Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	635.287	1.557	161	12.275	648.958	195.862	12.965 <sup>4)</sup>	46	0	208.781	440.177	439.425
1b). Grundstücke mit Bahnkörpern und Bauten des Schienenweges	2.315.604	5.846	2.224	22.092	2.341.318	535.736	35.117	1.674	-125	569.054	1.772.264	1.779.868
2. Grundstücke mit Wohnbauten	116.335	0	0	0	116.335	50.034	-4.802 <sup>4)</sup>	0	0	45.232	71.103	66.301
3. Grundstücke ohne Bauten	1.069	0	0	0	1.069	0	0	0	0	0	1.069	1.069
4. Gleichrichterwerke	120.086	1.162	1.214	2.120	122.154	53.441	5.024	1.135	161	57.491	64.663	66.645
5. Gleisanlagen, Streckenausüstung und Sicherungsanlagen	1.220.161	44.486 <sup>1)</sup>	8.814	23.596	1.279.429	533.855	62.553	5.171	-82	591.155	688.274	686.306
6. Fahrzeuge für Personenverkehr	1.720.126	13.032	52.260	28.646	1.709.544	737.928	75.831 <sup>3)</sup>	51.810	2.262	764.211	945.333	982.198
7. Maschinen oder maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 4-6 gehören	78.259	1.599	1.905	1.572	79.525	52.978	4.029	1.901	0	55.106	24.419	25.281
8. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	234.630	4.196	2.723	5.704	241.807	146.266	16.437 <sup>3)</sup>	2.176	5	160.532	81.275	88.364
9. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	433.901	89.854 <sup>1)</sup>	8.742	-104.703	410.310	23.383	0	2.602	-2.216	18.565	391.745	410.518
	6.875.458	161.732	78.043	-8.698	6.950.449	2.329.483	207.154	66.515	5	2.470.127	4.480.322	4.545.975
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	26	0	0	0	26	0	0	0	0	0	26	26
3. Beteiligungen	2.311	0	0	0	2.311	0	0	0	0	0	2.311	2.311
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	97	25	0	0	122	0	0	0	0	0	122	97
	2.434	25	0	0	2.459	0	0	0	0	0	2.459	2.434
Gesamt <sup>2)</sup>	6.954.498	167.452	78.172	0	7.043.778	2.364.223	213.188	66.542	0	2.510.869	4.532.909	4.590.275

<sup>1)</sup> In den Zugängen des Geschäftsjahres sind Zuschreibungen in Höhe von 823 Tsd. EUR enthalten. Diese setzen sich zusammen aus Zuschreibungen auf Posten II. 5. (8 Tsd. EUR) und II. 9. (815 Tsd. EUR).

<sup>2)</sup> Geringwertige Anlagegüter sind in den Zugängen im Umfang von 649 Tsd. EUR enthalten. Sie wurden voll abgeschrieben und in Abgang gestellt.

<sup>3)</sup> In der Spalte Zugänge für Abschreibungen der Periode sind Zuschreibungen in Höhe von -944 Tsd. EUR enthalten. Sie setzen sich zusammen aus Posten II. 6. (-372 Tsd. EUR) und II. 8. (-572 Tsd. EUR).

<sup>4)</sup> Aus der Erstanwendung des Transparenz- und Publizitätsgesetzes hinsichtlich der Rücknahme von Sonderabschreibungen, die in den Einzelabschlüssen getätigt wurden, ergab sich per 01.01.2003 ein Unterschiedsbetrag von -7.366 Tsd. EUR. Dieser Betrag wurde dem Anlagevermögen zu Gunsten der Gewinnrücklagen zugeschrieben und entfällt auf Posten II. 1a). (-911 Tsd. EUR) und II. 2. (-6.455 Tsd. EUR).

**(3) Wesentliche Beteiligungen**

Stand 31. 12. 2003				
Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Haftungs-kapital	Eigen-kapital	Jahres-ergebnis
<b>Verbundene Unternehmen</b>				
BT Berlin Transport GmbH, Berlin	100,0	10.225	10.982	516
Gemeinnützige Heimstättenbaugesellschaft der BVG GmbH, Berlin	100,0	7.200	33.688	3.817
IOB Internationale Omnibusbahnhof-Betreibergesellschaft mbH, Berlin	100,0	150	197	47
BVG Media Holdinggesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	100,0	500	4.413	–1
PAB Plakat- und Außenwerbung GmbH Berlin, Berlin	100,0	5.265	3.006	–3.000
VVR-Berek GmbH i. G., Berlin	100,0	25	24	–1
BVG Media Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	25	24	–1
NESKom Projektierungsgesellschaft für Nahverkehrs-, Elektro-, Service- und Kommunikationstechnik mbH, Berlin <sup>1)</sup>	100,0	26	24	–3
<b>Assoziierte Unternehmen</b>				
Bus-Verkehr Berlin KG Omnibus-Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH & Co., Berlin <sup>2)</sup>	25,6	552	552	2.002

<sup>1)</sup> Nicht in den Konzernabschluss einbezogen wegen untergeordneter Bedeutung. Auf eine Bewertung at equity wurde aus diesem Grunde ebenfalls verzichtet.

<sup>2)</sup> Zahlen des Geschäftsjahres 2002. Auf eine Bewertung at equity wurde wegen untergeordneter Bedeutung in Ausübung des Wahlrechts nach § 311 Abs. 2 ebenfalls verzichtet.

**(4) Vorräte**

	BVG		Konzern	
	31. 12. 2003	31. 12. 2002	31. 12. 2003	31. 12. 2002
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	13.739	13.044	13.872	13.195
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Waren	85	6	8.183	8.058
Waren	190	505	628	845
Zum Verkauf vorgesehene Vermögensgegenstände	303	1.769	303	1.769
	<b>14.317</b>	<b>15.324</b>	<b>22.986</b>	<b>23.867</b>

**(5) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

	BVG		Konzern	
	31. 12. 2003	31. 12. 2002	31. 12. 2003	31. 12. 2002
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen,	16.248	23.764	16.750	24.204
davon Restlaufzeit über 1 Jahr	0	0	0	0
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht,	812	323	813	339
davon Restlaufzeit über 1 Jahr	0	0	0	0
Forderungen an den Gewährträger,	181.180	119.578	181.204	119.602
davon Restlaufzeit über 1 Jahr	115.757	77.589	115.757	77.589
Sonstige Vermögensgegenstände,	40.647	32.853	41.662	35.122
davon Restlaufzeit über 1 Jahr	1.293	923	1.354	1.002
	<b>238.887</b>	<b>176.518</b>	<b>240.429</b>	<b>179.267</b>

Die Forderungen gegenüber dem Gewährträger beinhalten im Wesentlichen die Forderungen aus Fahrpreiserstattungen und Ausgleichszahlungen (63,0 Mio. EUR), Forderungen aus der Erstattung des Rahmenkredits des Konsortiums Commerzbank AG/Landesbank Berlin (77,9 Mio. EUR) und ausstehende Mittel aus dem Unternehmensvertrag (46,0 Mio. EUR). Im Rahmen eines längerfristigen Ausgleichs waren Abzinsungen vorzunehmen, so dass per 31.12.2003 die Forderungen aus Fahrpreiserstattungen und Ausgleichszahlungen 60,6 Mio. EUR und aus dem Unternehmensvertrag 42,5 Mio. EUR betragen.

**(6) Rechnungsabgrenzungsposten**

	BVG		Konzern	
	31. 12. 2003	31. 12. 2002	31. 12. 2003	31. 12. 2002
Geldbeschaffungskosten	0	0	51	104
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	100	1	164	36
	<b>100</b>	<b>1</b>	<b>215</b>	<b>140</b>

**(7) Eigenkapital**

Die Veränderungen des Eigenkapitals im Geschäftsjahr 2003 ergeben sich wie folgt:

	Gesellschaft	Einzelabschluss	Konsolidierung	Konzern
Gezeichnetes Kapital				
01.01.2003				2.560.000
Zugang	Media Verwaltungs-gesellschaft	25	-25	0
Kapitalübertragung	PAB	-5.265	5.265	0
Kapitalübertragung	Media Holding-gesellschaft	3.914	-3.914	0
31.12.2003				2.560.000
Kapitalrücklage				
01.01.2003				21.134
Kapitalübertragung	PAB	-573	573	0
31.12.2003				21.134
Sonderrücklagen §§ 17 u. 27 DMBilG				
01.01.2003		131	-131	0
Kapitalübertragung	PAB	-131	131	0
31.12.2003				0
Satzungsmäßige Rücklagen				
01.01.2003				3.636
Kapitalübertragung	PAB	-36	0	-36
31.12.2003				3.600
Andere Gewinnrücklagen				
01.01.2003				415
Kapitalübertragung	BVG		53	53
Kapitalübertragung	PAB		-108	-108
Kapitalübertragung	Media Holding-gesellschaft		91	91
Zuführung	IOB	2		2
Zuführung	BT	22		22
Zuführung	GHG		7.366	7.366
31.12.2003				7.841

Der Vorstand schlägt dem Aufsichtsrat vor, den nicht gedeckten Jahresfehlbetrag 2003 der BVG, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin, von 219,0 Mio. EUR als Verlust in das Geschäftsjahr 2004 vorzutragen. Der Verlustvortrag für 2004, bestehend aus den Jahren 1999 bis 2003, beträgt dann 869,0 Mio. EUR.

**(8) Rückstellungen**

	BVG	Konzern		
	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	101.257	96.453	101.403	96.552
Steuerrückstellungen	0	102	1.112	334
Sonstige Rückstellungen	364.765	261.999	371.411	264.523
	466.022	358.554	473.926	361.409

**Pensionsrückstellungen**

Die gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB nicht bilanzierten Pensionsverpflichtungen der BVG und des Konzerns aus Pensionszusagen vor dem 1. Januar 1987 betragen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2003 351,0 Mio. EUR (2002: 431,6 Mio. EUR).

**Sonstige Rückstellungen**

Der Wertansatz der sonstigen Rückstellungen berücksichtigt alle erkennbaren Risiken auf der Grundlage vernünftiger kaufmännischer Beurteilung. Die sonstigen Rückstellungen setzen sich aus folgenden wesentlichen Posten zusammen:

	BVG	Konzern		
	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002
Rückstellungen für Vorruhestand und Abfindungen	299.000	200.937	299.020	201.017
Rückstellungen für noch nicht erfolgte Abrechnungen aus Lieferungen und Leistungen	31.758	31.860	32.171	32.091
Rückstellungen für die Einnahmen-aufteilung	4.742	3.740	4.742	3.740
Übrige Rückstellungen	29.265	25.462	35.478	27.675
	364.765	261.999	371.411	264.523

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten Beträge, die im Rahmen des BSU-Konzepts die Grundlage für einen weiteren sozialverträglichen Mitarbeiterabbau bis 2009 bilden.

## (9) Verbindlichkeiten

	BVG	Konzern		
	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,	971.902	850.603	1.025.608	909.240
davon durch Grundpfandrechte besichert	0	0	36.596	38.628
davon Restlaufzeit bis 1 Jahr	112.858	107.452	117.161	111.556
davon Restlaufzeit über 5 Jahre	524.740	451.602	558.202	489.291
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen,	39	54	8.294	8.322
davon Restlaufzeit bis 1 Jahr	39	54	8.294	8.322
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen,	39.294	73.056	40.670	75.295
davon Restlaufzeit bis 1 Jahr	38.579	72.590	39.867	74.718
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen,	16.933	13.559	27	34
davon Restlaufzeit bis 1 Jahr	16.933	13.559	27	34
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gewährträger,	24.015	19.517	24.216	19.723
davon Restlaufzeit bis 1 Jahr	10.798	4.574	10.803	4.579
davon Restlaufzeit über 5 Jahre	5.779	7.723	5.956	7.905
Sonstige Verbindlichkeiten,	6.784	5.871	9.327	7.746
davon aus Steuern	4.394	2.281	5.299	2.714
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	230	352	1.399	1.322
davon Restlaufzeit bis 1 Jahr	6.270	5.511	8.814	7.387
davon Restlaufzeit über 5 Jahre	1	1	1	1
<b>Gesamt</b>	<b>1.058.967</b>	<b>962.660</b>	<b>1.108.142</b>	<b>1.020.360</b>
davon durch Grundpfandrechte besichert	0	0	36.596	38.628
davon Restlaufzeit bis 1 Jahr	185.477	203.740	184.966	206.596
davon Restlaufzeit über 5 Jahre	530.520	459.326	564.159	497.197

## Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung

Werte in Tausend EUR, soweit nicht anders angegeben

## (10) Umsatzerlöse nach Bereichen

	BVG	Konzern		
	2003	2002	2003	2002
Verkehrserlöse,	556.575	527.900	556.575	527.900
davon Fahrgelderträge	419.674	398.689	419.674	398.689
davon Ersatz von Einnahmeausfällen	136.901	129.211	136.901	129.211
Werbung einschließlich Verkaufsstellenvermietung	29.925	30.945	42.179	42.581
Sonstige Umsatzerlöse	32.508	22.990	32.378	22.499
	<b>619.008</b>	<b>581.835</b>	<b>631.132</b>	<b>592.980</b>

## (11) Sonstige betriebliche Erträge

	BVG	Konzern		
	2003	2002	2003	2002
Erstattungen aus Unternehmensvertrag	416.185	418.467	416.185	418.467
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Investitionszuschüssen	75.521	71.279	75.521	71.279
Vertragsstrafen und Schadenersatzzahlungen	10.033	6.193	10.184	6.281
Miet- und Pachteinnahmen	5.732	5.355	32.663	31.225
Erträge aus Zuschreibungen und dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens sowie der Auflösung von Wertberichtigungen zu Forderungen (periodenfremd)	3.268	3.561	3.844	4.121
Erträge aus US-Lease-Transaktionen	2.245	16.130	2.245	16.130
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (periodenfremd)	2.178	7.380	2.615	7.641
Erträge aus der Ablösung von Aufwendungsdarlehen der GHG	0	0	0	3.388
Übrige Erträge	24.213	17.503	24.721	17.669
	<b>539.375</b>	<b>545.868</b>	<b>567.978</b>	<b>576.201</b>

Der im Sonderposten aus Investitionszuschüssen bei der BVG im Berichtsjahr gebuchte Auflösungsbetrag von 75,5 Mio. EUR entspricht in voller Höhe den Abschreibungen auf das aus Investitionszuschüssen des Landes Berlin sonderfinanzierte Anlagevermögen.

**(12) Materialaufwand**

	BVG		Konzern	
	2003	2002	2003	2002
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	110.025	111.185	117.654	118.573
Aufwendungen für bezogene Leistungen und Fremdleistungen für Unterhaltung	150.135	141.178	112.728	102.769
	<b>260.160</b>	<b>252.363</b>	<b>230.382</b>	<b>221.342</b>

Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus dem Mehraufwand beim Linienbetrieb durch die BT Berlin Transport GmbH (4,4 Mio. EUR) sowie Mehrkosten durch vermehrten Fahr-scheinkontrolleinsatz (2,9 Mio. EUR).

**(13) Personalaufwand/Mitarbeiter**

	BVG		Konzern	
	2003	2002	2003	2002
Personalaufwand				
Löhne und Gehälter	603.678	489.443	643.638	524.495
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung,	191.464	198.317	199.818	205.682
davon für Altersversorgung	89.536	96.786	89.833	97.136
	<b>795.142</b>	<b>687.760</b>	<b>843.456</b>	<b>730.177</b>

	BVG		Konzern	
	2003	2002	2003	2002
Anzahl der Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)				
Kaufmännische/technische Angestellte	3.246	3.270	3.459	3.474
Gewerbliche Arbeitnehmer	9.419	9.895	10.639	11.024
	<b>12.665</b>	<b>13.165</b>	<b>14.098</b>	<b>14.498</b>

In den Personalaufwendungen sind 132,7 Mio. EUR (periodenfremd) enthalten, die aus der Zuführung einer Rückstellung für den sozialverträglichen Mitarbeiterabbau resultieren. Darüber hinaus sind in den Personalaufwendungen für Altersversorgung des Berichtsjahres die Beiträge der BVG an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) mit insgesamt 29,6 Mio. EUR enthalten. Davon entfielen 19,8 Mio. EUR auf gewerbliche Arbeitnehmer und 9,8 Mio. EUR auf kaufmännische und technische Angestellte.

**(14) Abschreibungen**

	BVG		Konzern	
	2003	2002	2003	2002
Planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	207.906	202.217	212.977	207.565
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen gem. § 253 Abs. 2 S. 3 HGB	8.521	1.269	8.521	1.983
	<b>216.427</b>	<b>203.486</b>	<b>221.498</b>	<b>209.548</b>

Im Einzelabschluss der GHG wurden Sonderabschreibungen nach § 4 Abs. 3 Fördergebiets-gesetz von 428 Tsd. EUR vorgenommen, die im Konzernabschluss gemäß Transparenz- und Publizitätsgesetz zurückgenommen werden mussten.

**(15) Sonstige betriebliche Aufwendungen**

	BVG		Konzern	
	2003	2002	2003	2002
Verluste aus Anlageabgängen und Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (periodenfremd)	16.670	10.447	17.337	11.039
Fremdleistungen und Personalgestellung	14.217	13.057	14.179	13.445
Beraterleistungen	8.614	9.485	8.819	9.841
Mieten, Pachten, Leasing	7.623	8.204	7.645	8.702
Versicherungen	6.519	5.979	6.627	6.122
Provisionen	4.922	4.605	3.708	3.311
Übrige Aufwendungen (Gebühren, Versicherungen, sonstige)	31.578	22.347	37.968	39.479
	<b>90.143</b>	<b>74.124</b>	<b>106.283</b>	<b>91.939</b>

**(16) Beteiligungs- und Finanzergebnis**

	BVG	Konzern		
Beteiligungsergebnis	2003	2002	2003	2002
Erträge aus Beteiligungen,	4.802	380	468	380
davon aus verbundenen Unternehmen	4.334	0	0	0
davon GHG	3.910	0	0	0
davon PAB	424	0	0	0
davon sonstige	468	380	468	380
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens,	7	8	7	8
davon aus verbundenen Unternehmen	0	1	0	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-3.164 <sup>1)</sup>	921 <sup>1)</sup>	0	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-2.000	0	0	0
	-355	-533	475	388
<b>Finanzergebnis</b>				
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge,	6.685	5.805	6.867	6.160
davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen,	-45.092	-37.942	-47.651	-40.789
davon an verbundene Unternehmen	-285 <sup>2)</sup>	-384	-1	-1
	-38.407	-32.137	-40.784	-34.629
<b>Gesamt</b>	<b>-38.762</b>	<b>-32.670</b>	<b>-40.309</b>	<b>-34.241</b>

<sup>1)</sup> Die Aufwendungen aus Verlustübernahme resultieren im Wesentlichen aus dem Geschäftsfeld Berliner Fenster der PAB.

<sup>2)</sup> Die Aufwendungen gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten hauptsächlich Zinsen aus dem Cash-Pooling-Vertrag mit der BT.

**(17) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag des Konzerns sind ausschließlich für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit entstanden.

**Sonstige Angaben****Haftungsverhältnisse****Bürgschaften**

Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften bestehen bei der BVG aus einer selbstschuldnerischen Bürgschaft für die gegenwärtigen und zukünftigen Verpflichtungen der Tochtergesellschaft PAB im Umfang von bis zu 28,1 Mio. EUR.

Bezogen auf den Konzern bestehen keine Bürgschaften und sonstigen Haftungsverhältnisse.

**Sonstige finanzielle Verpflichtungen****Bestellobligo**

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus beauftragten Investitionen und anderen Bestellungen sowie Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen einschließlich zu gewählender Mieterdarlehen belaufen sich bei der BVG auf 427,5 Mio. EUR, bei der PAB auf 27,1 Mio. EUR (davon 16,6 Mio. EUR mit 6 % abgezinst), bei der BT auf 1,6 Mio. EUR und bei der IOB auf 0,2 Mio. EUR. Im Bestellobligo der BVG sind 37,1 Mio. EUR gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten.

Für den Konzern ergibt sich somit ein Bestellobligo von 456,4 Mio. EUR.

**Beiträge zur Altersversorgung durch die VBL**

Für annähernd alle Mitarbeiter der BVG besteht eine Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung ist, Arbeitnehmern der beteiligten Arbeitgeber im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird finanziert durch Umlagen im Rahmen eines Abschnittsdeckungsverfahrens.

Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr für den Tarifbereich West 7,86 %, davon leistete die BVG 6,45 %. Zusätzlich waren 1,9 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts als Sanierungsgeld an die VBL abzuführen. Im Tarifbereich Ost betrug der Umlagesatz 1,2 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts, davon trägt die BVG 1,0 %.

Die Summe der umlagepflichtigen Löhne und Gehälter betrug im Geschäftsjahr rd. 442 Mio. EUR für etwa 12.400 anspruchsberechtigte Mitarbeiter. Die Anzahl anspruchsberechtigter ehemaliger Mitarbeiter bzw. derzeitiger Rentenbezieher ist nicht ermittelbar.

### Gesamtbezüge des Beirats, des Aufsichtsrats und des Vorstands der BVG

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Beirats betragen im Berichtsjahr 3,6 Tsd. EUR. Die Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats beliefen sich auf 59,8 Tsd. EUR, die der Mitglieder des Vorstands auf 983,5 Tsd. EUR.

Für die Wahrnehmung von Aufgaben in den Aufsichtsratsgremien von Tochterunternehmen erhielten Mitglieder des Vorstands der BVG Bezüge in einer Höhe von insgesamt 9,6 Tsd. EUR.

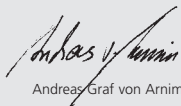
Ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern bzw. Geschäftsleitern wurden Leistungen in Höhe von 793,9 Tsd. EUR gewährt. Der Teilwert der Rückstellungen für ehemalige Vorstandsmitglieder bzw. Geschäftsleiter und deren Hinterbliebene beträgt insgesamt 6,4 Mio. EUR, davon sind 2,0 Mio. EUR nicht dotiert. Für die aktiven Vorstandsmitglieder sind 3,1 Mio. EUR zurückgestellt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 2 und 3 angegeben.

Berlin, 27. Februar 2004

Berliner Verkehrsbetriebe  
Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Vorstand



Andreas Graf von Arnim



Thomas Necker



Dr. Hans-Heino Dubenkropp



Hilmar Schmidt-Kohlhas

## Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers

### Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers für die BVG

Zu dem Jahresabschluss mit einem mit dem Konzernanhang zusammengefassten Anhang und dem Bericht über die Lage der BVG und des Konzerns haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt: „Wir haben den Jahresabschluss mit einem mit dem Konzernanhang zusammengefassten Anhang unter Einbeziehung der Buchführung der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Anstalt öffentlichen Rechts, Berlin, und den Bericht über die Lage der BVG und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2003 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Berichts über die Lage der BVG und des Konzerns nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der BVG. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Bericht über die Lage der BVG und des Konzerns abzugeben. Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Bericht über die Lage der BVG und des Konzerns vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der BVG sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und im Bericht über die Lage der BVG und des Konzerns überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Berichts über die Lage der BVG und des Konzerns. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkung zu keinen Einwendungen geführt: Der Jahresabschluss enthält Forderungen an den Gewährträger von 7,0 Mio. EUR, sonstige Vermögensgegenstände von 8,1 Mio. EUR und korrespondierende Umsatzerlöse von 15,1 Mio. EUR, deren Bilanzierung wegen der fehlenden Wirksamkeit des zugrunde liegenden Einnahmenaufteilungsvertrages nicht möglich ist. Mit dieser Einschränkung vermittelt nach unserer Überzeugung der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und gibt der Bericht über die Lage der BVG und des Konzerns insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der BVG und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, 11. März 2004

Ernst & Young AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Plett  
Wirtschaftsprüfer

Seidel  
Wirtschaftsprüfer



**Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers**

Zu dem Konzernabschluss mit einem mit dem Anhang zusammengefassten Konzernanhang und dem Bericht über die Lage der BVG und des Konzerns haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt: „Wir haben den von den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG), Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss mit einem mit dem Anhang zusammengefassten Konzernanhang sowie den Bericht über die Lage der BVG und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2003 geprüft. Die Aufstellung des Konzernabschlusses und des Berichtes über die Lage der BVG und des Konzerns nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der BVG. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Bericht über die Lage der BVG und des Konzerns abzugeben. Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Bericht über die Lage der BVG und des Konzerns vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und im Bericht über die Lage der BVG und des Konzerns überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Berichtes über die Lage der BVG und des Konzerns. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkung zu keinen Einwänden geführt: Der Konzernabschluss enthält Forderungen an den Gewährträger von 7,0 Mio. EUR, sonstige Vermögensgegenstände von 8,1 Mio. EUR und korrespondierende Umsatzerlöse von 15,1 Mio. EUR, deren Bilanzierung wegen der fehlenden Wirksamkeit des zugrunde liegenden Einnahmenaufteilungsvertrages nicht möglich ist. Mit dieser Einschränkung vermittelt nach unserer Überzeugung der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns und gibt der Bericht über die Lage der BVG und des Konzerns insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns und stellt Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, 11. März 2004

Ernst & Young AG  
WirtschaftsprüfungsgesellschaftPlett  
WirtschaftsprüferSeidel  
Wirtschaftsprüfer

## Impressum

### **Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)**

Anstalt des öffentlichen Rechts

Potsdamer Straße 188

10783 Berlin

Telefon: (0 30) 2 56-0

Telefax: (0 30) 2 56-4 92 56

info@bvg.de

www.bvg.de

Konzept, Satz und Gestaltung Innenseiten: schütz & co. Werbeagentur GmbH, Berlin

Titelgestaltung: Heymann Schnell Werbeagentur AG, Berlin

Druck und technische Herstellung: druckpunkt Druckerei und Repro GmbH, Berlin

Bildnachweise: BVG (alle Fotos)

Redaktionsschluss: September 2004

**Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)**

Anstalt des öffentlichen Rechts

Potsdamer Straße 188  
10783 Berlin

[www.bvg.de](http://www.bvg.de)